

# Leipzigs NEUE

LINKE ZWEIFOCHENZEITUNG  
für Politik, Kultur und Geschichte

## › Gescheitert

Dank Hartz IV ist Armut Massenerscheinung Seite 3

## › Rekonstruiert

Messehof „verführt“ zum Schauen und Kaufen Seite 5

## › Vereinigt

Zeitzeugen zur Vereinigung von KPD und SPD und Lehren für die Gegenwart Seiten 7/12

## › Erinnert

Wie man als geläuterter Bundesbürger (O) seine jungen Jahre zu sehen hat Seiten 8-9

## › Dokumentiert

Schwarzbuch imperialistischer Verbrechen Seite 11

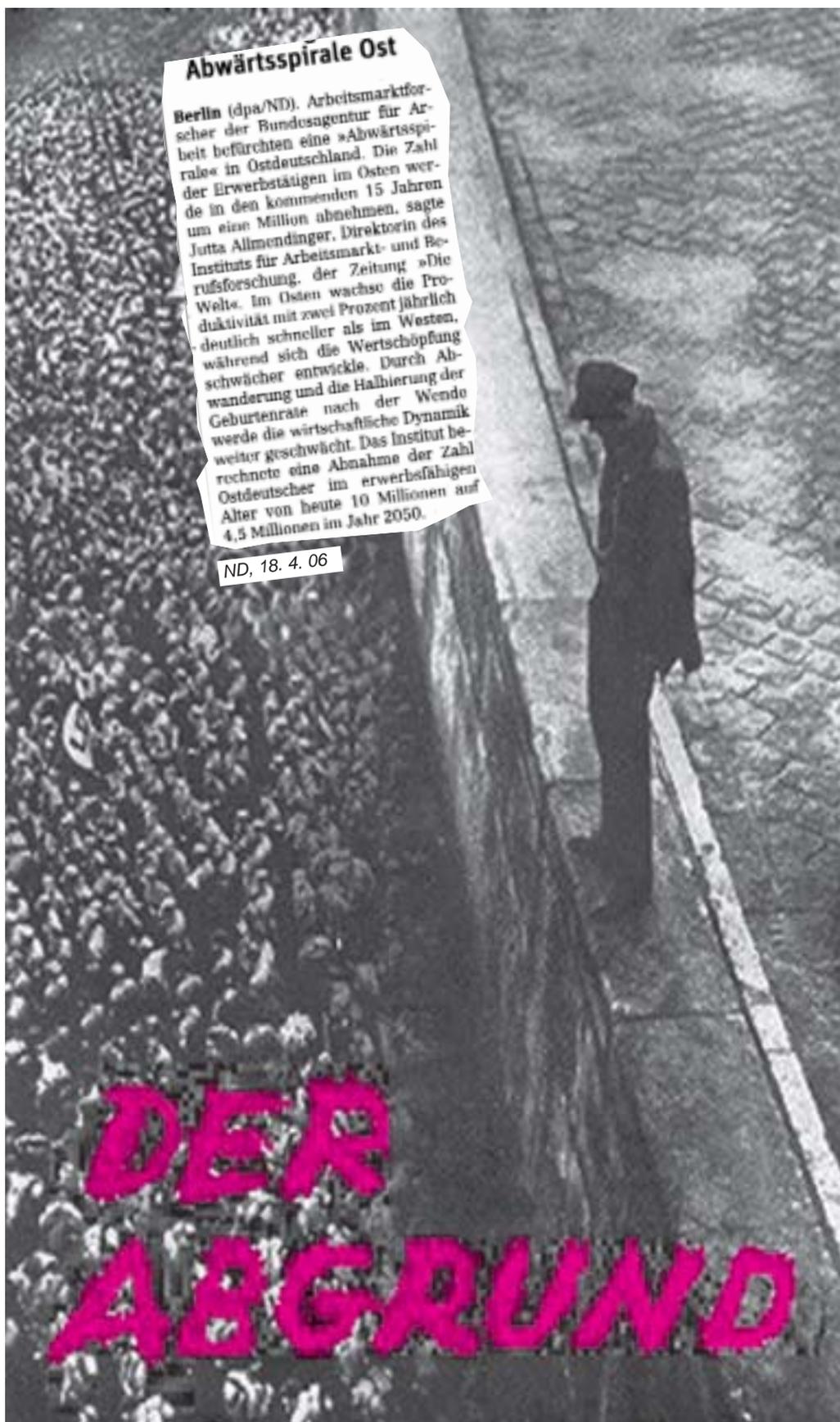
8

2006

Nur  
ein  
Euro!

14. Jahrgang  
21. April

www.  
leipzigs-  
neue.de



John Heartfield. Ausschnitt des Bucheinbandes zu Oskar Maria Grafts „Der Abgrund“, Malik-Verlag, London 1936

## Französischer Esprit

Glückwunsch ans französische Volk! Als deutscher Michel möchte man bass erblassen vor Neid. Wochenlang harter und entschlossener Kampf Abertausender auf den Straßen, in den Parlamenten zwang die neoliberale Regierung in Paris zum Einlenken: Das Gesetz zur Arbeitsrechtsreform, dessen Umsetzung der Verlust ungezählter Arbeitsplätze bedeutet und den Unternehmern alle Türen zur Willkür besonders gegen jugendliche Arbeitssuchende bedeutet hätte, wurde gekippt.

Man könnte aber auch weinen. Warum solcher massenhafter Widerstand nicht auch in Deutschland? Manch Bischofferoder hat vor knapp dreizehn Jahren geweint, als ihr Wunsch, mit ihrem Kampf um ihre Arbeitsplätze in Deutschland ein Signal, einen „Flächenbrand“ auszulösen, vergeblich blieb.

1968 entsetzten die Pariser Studentenunruhen die „Demokraten“ aller Welt. 1995 lösten die Studenten- und Arbeiterkämpfe in Frankreich Solidarität auch in Deutschland aus. Unterschriftensammlungen und Grußadressen wenigstens. Ansonsten blieb und bleibt es ruhig in Deutschland. Hartz IV ließen sich die Deutschen fast widerstandslos überziehen, man nimmt die Willkür der Unternehmensverbände hin, wie das Schaf das Schlachten. Der deutsche Michel schreckt aus dem Alptraum höchstens mal kurz auf, wenn es ihn persönlich trifft; ansonsten schläft er ruhig weiter.

*Widerstand hat ja doch keinen Zweck.*

Und er sieht manchen Tages vom Straßenrand aus einen Trupp Demonstranten mit großen handbemalten Plakaten, greift sich an den Kopf: Diese unbelehrbaren Spinner!

Und er beruhigt abwendend sein Gewissen:

*Die da oben machen ja doch, was sie wollen!*

Da kommt einem die Erinnerung an „Deutschland. Ein Wintermärchen“, das Heinrich Heine sang, als er ein paar Jahre kurz vor der 48er Revolution aus dem Pariser Exil kurz in seine geliebte deutsche Heimat zurückkehrte.

*Zu Aachen langweilen sich auf der Straß´*

*Die Hunde, sie flehn untertänig:*

*„Gib uns einen Fußtritt, o Fremdling, das wird  
Vielleicht uns zerstreuen ein wenig.“*

Und er begegnet bei seiner Heimkehr am deutschen Ufer des Rheins einem Harfenmädchen.

*Sie sang vom irdischen Jammertal,*

*Von Freuden, die bald zerronnen,*

*Vom Jenseits, wo die Seele schwelgt*

*Verklärt in ewigen Wonnen.*

*Sie sang das alte Entsagungslid,*

*Das Eiapopeia vom Himmel,*

*Womit man einlullt, wenn es greint.*

*Das Volk, den großen Lümmel.*

Ja, ja, diesem Lümmel gilt es zu begegnen, wenn nicht gleich mit Polizeiknüppeln, Tränengas und Wasserwerfern, dann doch mit journalistischer Vorsorge. Die Nachrichtenagentur dpa warnt angesichts der neuen französischen Verhältnisse: „Im Schlepptau der Studenten setzten sich Hardliner durch“, deren Konfliktkurs jedoch viele Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft abschrecken würde. In Deutschland, wo doch alle Zeichen auf Privatisierung der Wirtschaft gestellt werden, zuletzt auf dem sächsischen Landesparteitag der FDP in Bad Dübren kann man das nicht gebrauchen.

Wie bedauerte doch Heine 1844 im Vorwort zu seinem „Wintermärchen“? *Was ich mit ... Leidwesen voraussehe, das ist das Zeter jener Pharisäer, die jetzt ... auch die volle Liebe und Hochachtung der Zensur genießen und in der Tagespresse den Ton angeben können.“*

• EKKEHARD FRITZ

## 1. Mai 2006

### Zentrale Maikundgebung des DGB Leipzig – Augustusplatz

**Demonstration 10 Uhr ab Connewitzer Kreuz  
13 Uhr bis 20 Uhr: Bürger gegen Rechts**

Laufaktion um den Cityring mit Start und Ziel Augustusplatz, beteiligt sind unter anderem der Bund der Antifaschisten, das Friedenszentrum, die IG Metall und die nato.

### Aufstehen gegen die Verhältnisse!

Unter diesem Motto beteiligt sich der Linksblock an der Maidemonstration. Dann allerdings trennen sich die Wege. Am Hauptbahnhof heißt es **ab 12 Uhr: Sitzenbleiben gegen Nazis!**

Weil, wie die vom Leipziger linxxnet unterstützten antifaschistischen Jugendlichen aus den Erfahrungen der letzten Jahre wissen, „eine von vielen getragene Blockade auf der Marschroute ein sehr effektives Mittel zur Verhinderung des Nazi-Aufmarsches ist. Symbolische Demokratierituale wie Kundgebungen und Aktionen, die abseits von der Nazi-Route stattfinden, reichen nicht aus, da sie weder die Nazis stoppen noch stören“.

## Rechtsextremisten am 1. Mai in Leipzig

Mit Zustellung der Auflagenbescheide an die beiden Anmelder Worch und Hupka hat die Stadt Leipzig die Aufmärsche von Rechtsextremisten am 1. Mai genehmigt. Die Stadt geht damit einmal mehr den Weg des geringsten Widerstandes, ohne das Problem zu lösen. Schlimmer, die Stadtverwaltung behauptet, für ein Verbot der Aufmärsche bestünde „prinzipiell keine Möglichkeit“, (LVZ vom 15. April).

Möglicher Angriffspunkt für Verbotsbemühungen gegen die beiden Aufmärsche ist einerseits die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Andererseits ist ersichtlich, dass es sich bei den beiden geplanten Demonstrationen eindeutig um ein und dieselbe Veranstaltung („Sternmarsch“) handelt, die laut Worch lediglich „aus taktischen Gründen“

auf zwei verschiedenen Routen stattfinden soll. Rechtlich ist es damit möglich, eine der beiden Routen komplett zu untersagen oder beide Routen zusammenzulegen und nur einen Demonstrationzug zu genehmigen.

Erst kürzlich, am 8. April 2006, ist es gelungen, gleich drei geplante Nazi-aufmärsche in Mainz, Bingen, und Bautzen gerichtlich zu verbieten und dieses Verbot auch in höheren Instanzen aufrecht zu erhalten. Auch der von Worch nach dem gleichen Schema wie in Leipzig geplante „Sternmarsch“ in Göttingen am 13. Mai ist nach derzeitigem Rechtsstand untersagt.

• KLARA NAUMANN

für die Leipziger Antifagruppe (LeA)

Nachfragen unter:

antifa-leipzig@systemli.org

## Gefälligkeitstarifverträge erlaubt

Es mutete wie ein vorgezogener Aprilscherz an, als das Bundesarbeitsgericht am 28. März 2006 die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) als tariffähige Vereinigung anerkannte. Die IG Metall hat mit einem jahrelangen Rechtsstreit versucht, dem unsäglichen Treiben der CGM ein Ende zu bereiten. Denn die CGM betreibt aufgrund der geringen Mitgliederzahlen eine seltsame „Tarifpolitik“: Sie schließt mit den Arbeitgebern in der Metall- und Elektroindustrie arbeitgeberfreundliche Gefälligkeitstarifverträge ab, mit denen massiver Sozialabbau und Lohndumping betrieben wird. Ohne Zögern werden Arbeitgeberwünsche erfüllt. Kein Problem, denn sie verfügt ohnehin über keinerlei Rückgrat in den Belegschaften – und damit fehlt auch das Kritikpotential: Die CGM organisiert ganze 0,36 Prozent (!) der Betriebsräte in der Branche, die IG Metall dagegen 74 Prozent.

Leider hat das Bundesarbeitsgericht (wiederholt) gezeigt, dass es sich in grundlegenden, nicht nur kosmetischen Fragen gegen die Interessen der Arbeiter und Angestellten in diesem Land stellt. Früher hatten wir einen Begriff dafür: Klassenjustiz.

• BERND SELLIN

## Die personifizierte Katastrophe

In Sachsen gab es soeben zwei Katastrophen: die Flut und Ministerpräsident Milbradt. Der behauptete tagelang, dieses Frühjahrshochwasser sei so schlimm nicht. Weshalb er ein staatliches Hilfsprogramm ablehnte. Inzwischen musste doch Hilfe versprochen werden und sich der CDU-Mann für diese Unverschämtheit gegenüber Tausenden Sachsen entschuldigen. Deren gerade wieder hergerichteten Häuser längs der Elbe standen dieses Jahr zwar nicht wieder bis zum zweiten Stock, aber mitunter doch bis zum Erdgeschoss im Wasser, tagelang. Der Mehrheit von ihnen wurde nach 2002 der Versicherungsschutz gekündigt. Neue Policen zu exorbitanten Preisen abzuschließen, war den meisten Hausbesitzern und auch Unternehmern kaum möglich.

Eine personifizierte Katastrophe wie unser Landesoberhaupt Milbradt hat das natürlich nicht im Blick. Wozu auch, die nächsten Landtagswahlen sind fern. Entsprechend ignorant seine „Entschuldigung“: Er wollte Sachsen nicht als Katastrophenland darstellen, denn der französische Investor Saint Gobian sollte nicht denken, Sachsens Dämme böten keinen rechten Hochwasserschutz. Es gehe schließlich um 250 Arbeitsplätze im Glaswerk Torgau an der Elbe.

Sachsens Dämme sind kein rechter Hochwasserschutz! Seit 2002 wurde an ganzen 50 Damm-Kilometern gearbeitet – in Sachsen-Anhalt immerhin an 400.

Fragen gibt es darüberhinaus noch viele: Warum wurden Sandsäcke nicht bereits vorsorglich bereitgestellt, als Klarheit über die diesjährigen Schneemengen in den Mittelgebirgen herrschte? Warum sind Vermessungsdaten, die sich schon 2002 als fehlerhaft erwiesen, bis heute nicht korrigiert? Warum genehmigen Regierungspräsidien immer noch Straßen- und Brückenbauten in den Elbauen? Kein Wunder, dass sich Georg Milbradt für seine Hohnäsigkeit im Landtag und nicht vor den Hochwasser-Opfern entschuldigte. Denn die hatten ihm bei einem Vor-Ort-Besuch wütend nahegelegt, er solle mitsamt seiner unfähigen Regierung die Koffer packen.

• WART



Foto: Märker

## Linkspartei unterstützt

# Protestaktionen an Leipziger Universitätsklinik

**LN. Politik von „Teile und Herrsche“ durch Klinikvorstand und sächsische Staatsregierung muss endlich beendet werden – in diesem Sinne unterstützen Dr. Volker Külow und Dr. Dietmar Pellmann als Abgeordnete des Sächsischen Landtages und als Leipziger Stadträte nachdrücklich die vielfältigen Protestaktionen, die es seit Wochen am Leipziger Universitätsklinikum gibt. Personal-mangel, unbezahlte Überstunden und Gehaltskürzungen sowie Forschung und Lehre in der Freizeit sind nur einige bedrückende Tatsachen aus dem Klinikalltag, die das Fass zum Überlaufen gebracht haben.**

Für die beiden Linkspolitiker haben diese nicht länger tragbaren Zustände viele Ursachen: „In erster Linie ist dafür die verfehlt Gesundheitspolitik auf Bundesebene verantwort-

lich. Aber auch auf Landesebene gibt es selbst verschuldete Fehlentwicklungen. So erweist sich die Umwandlung der Universitätsklinik in eine Anstalt öffentlichen Rechts immer mehr als ein Instrument zur beschleunigten knallharten Ökonomisierung. Es wurde seitens der sächsischen Staatsregierung vor Jahren bewusst ignoriert, dass ein Universitätsklinikum, will es seinen Aufgaben in Lehre, Forschung und Patientenversorgung gerecht werden, nicht wie ein klassisches Wirtschaftsunternehmen verwaltet und gesteuert werden kann. Nach alledem kann sich die sächsische Staatsregierung heute nicht auf den Weg des Problemaussitzens begeben.“ Sie fordern sowohl die sächsische Wissenschaftsministerin Barbara Ludwig als auch Gesundheitsministerin Helma Orosz dringend auf, sich nach Leipzig zu begeben und das klärende Gespräch mit allen

Beteiligten zu führen. Zugleich erwarten sie eine Teilnahme beider Ministerinnen an der für den 19. April in Leipzig angekündigten großen Ärztekundgebung (nach Redaktionsschluss). Gleichzeitig sollten die Ministerinnen die Vorstände der Universitätsklinik dringend zur Ordnung rufen. Denn mit ihren haltlosen Aussagen, dass während der Streikaktionen die Arbeit der bei der Fakultät angestellten Ärzte von denen bei der Anstalt öffentlichen Rechts übernommen werden müssten, heizen sie nach dem Prinzip „Teile und Herrsche“ ohnehin bestehende Konflikte in skandalöser Weise weiter an. Es ergeht der der dringende Appell an die gesamte Ärzteschaft des Universitätsklinikums, sich von derartigen Aufforderungen zum Streikbruch nicht einschüchtern zu lassen und sich zugleich auch für die Interessen des nichtärztlichen Personals mit einzusetzen.

Hartz IV ist gescheitert – und das gründlich. Anstatt die Arbeitslosigkeit abzubauen, ist sie in den letzten 15 Monaten weiter gestiegen. Anstatt versicherungspflichtige und existenzsichernde Arbeitsplätze zu schaffen, ist der Niedriglohnsektor immer mehr aufgebläht worden. Anstatt Armut zu bekämpfen, hat sie sich in Deutschland, vor allem in den neuen Bundesländern, immer mehr zu einer Massenerscheinung ausgeweitet. An alledem ist bereits eine ganze Bundesregierung zerbrochen. Wer nun angenommen hat, dass die neue Bundesregierung endlich zur Vernunft kommen und gründlich umsteuern würde, muss sich schon nach kurzer Amtszeit eines Besseren belehren lassen. Das Merkel-Kabinett verfährt nicht nur nach dem Prinzip „Weiter so“, sondern hat die Flucht nach vorn angetreten.

### Flucht nach vorn

Nötig wären ein Investitions- und Beschäftigungsprogramm, die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und eine umfassende Steuerreform. Dadurch

Von **DIETMAR PELLMANN**

könnten nicht nur mehr Arbeitsplätze entstehen, mehr Kaufkraft würde zugleich die Binnennachfrage stärken und die sozialen Versicherungssysteme könnten ihre Einnahmesituation erheblich stabilisieren. Nichts von alledem geschieht. Stattdessen verfährt die Große Koalition in Berlin nach dem Motto: Ein Schritt vor, drei Schritte zurück! So erhalten ab Juli ostdeutsche Bezieher von Arbeitslosengeld II nun endlich zumindest den gleichen Regelsatz von 345 Euro wie ihre westdeutschen Leidensgenossen. Dies kostet den Staat ca. 600 Millionen Euro. Zugleich wird es bis auf weiteres nicht zu

Ab 1. Januar 2007 werden für Empfänger von Arbeitslosengeld II nicht mehr wie bisher 78, sondern nur noch 40 Euro monatlich in die Rentenkassen eingezahlt. Damit erwerben die Betroffenen, wenn für sie ein Jahr gezahlt wird, nur noch eine Steigerung der späteren Rente von 2,18 Euro

einer Anhebung dieses Regelsatzes kommen, die dringend nötig wäre, denn dieser Regelsatz basiert auf dem Preisniveau des Jahres 1998. Welche Auswirkungen stattdessen die Anhebung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent ab Januar 2007, insbesondere für die Hartz-IV-Betroffenen haben wird, kann man sich leicht ausrechnen. Hinzu kommt, dass bereits seit 1. April dieses Jahres auf Unterstützung angewiesene Jugendliche bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres faktisch nicht aus der elterlichen Wohnung ausziehen dürfen, weil sie nur noch im absoluten Ausnahmefall die Kosten für eine eigene Wohnung erstattet bekommen. Für diese jungen Menschen bedeutet das auf der einen Seite eine Anhebung des Volljährigkeitsalters; auf der anderen

Hartz IV und kein Ende ...

# Kampf ums tägliche Überleben bindet alle Kräfte



Karikatur: M. K. Dobisch

Seite dürfen sie aber gegebenenfalls bei der Bundeswehr ihre Haut zum Markte tragen. Diese Maßnahme soll zu jährlichen Einsparungen von 300 Millionen Euro führen. Weil das noch nicht genug ist, wird an anderer Stelle kräftiger zugegriffen. Ab 1. Januar 2007 werden für Empfänger von Arbeitslosengeld II nicht mehr wie bisher 78, sondern nur noch 40 Euro monatlich in die Rentenkassen eingezahlt. Damit erwerben die Betroffenen, wenn für sie ein Jahr gezahlt wird, nur noch eine Steigerung der späteren Rente von 2,18 Euro. Damit ist nicht nur Altersarmut vorprogrammiert; dies ist zugleich mit einer Begründung, weshalb es nicht zur Steigerung der Bestandsrenten kommt. Die ganze Maßnahme soll zu jährlichen Einsparungen von 3 Milliarden Euro führen, die dann natürlich in der Rentenkasse fehlen. So verkehrt sich die gepriesene Wohltat der Regelsatzangleichung in ihr ganzes Gegenteil.

### Immer mehr Bedarfsgemeinschaften

Bereits in einem früheren Beitrag in dieser Zeitung hatten wir auf die völligen Fehlprognosen hinsichtlich der Zahl der auf Arbeitslosengeld II Angewiesenen durch Bund und Land hingewiesen. Dieser Trend hat sich weiter fortgesetzt. Ende Januar dieses Jahres gab es in Sachsen 314 397 so genannte Bedarfsgemeinschaften (auch alle folgenden statistischen Angaben beziehen sich auf Ende Januar 2006) mit insgesamt 535 558 Personen. Noch Ende 2004 hatte man in den sächsischen kreisfreien Städten mit 46 Prozent weniger Bedarfsgemeinschaften gerechnet und in den Landkreisen sollte die Zahl um fast ein Drittel niedriger liegen. Diese eklatante Fehlkalkulation wirkt sich bis heute erheblich auf die Arbeitsabläufe in den Arbeitsgemeinschaften sowie den Ämtern in den Optionskreisen aus, denn das Personal hielt mit dem Anstieg der zu betreuenden Arbeitslosen nicht Schritt. Darüber hinaus haben insbesondere die sächsischen Großstädte zusätzliche Belastungen ihrer

Haushalte zu tragen, weil die Zuweisungen von Bund und Land nicht ausreichen.

Von den Gesamtmitgliedern der sächsischen Bedarfsgemeinschaften gelten 422 433 als erwerbsfähig. Von diesen sind mehr als 92 000 im Alter bis 25 Jahre, also eine Personengruppe, die, ginge es nach den großspurigen Ankündigungen des ehemaligen Bundeswirtschaftsministers, dort gar nicht mehr auftauchen dürften. Denn Wolfgang Clement wollte schon vor Jahresfrist all diesen Jugendlichen ein Vermittlungsangebot unterbreitet haben. Erschreckend ist auch, dass zu den auf Sozialhilfeniveau Lebenden 108 500 Kinder im Alter bis 15 Jahren gehören.

Angesichts der Politik, wie sie sowohl die Bundesregierung als auch die sächsische Landesregierung betreiben, ist kurz- und mittelfristig nicht mit einem spürbaren Absinken der Zahl der Bedarfsgemeinschaften und der Hilfebedürftigen zu rechnen. Es könnte sogar zu einem weiteren Anstieg kommen, da immer mehr Arbeitslose ihren Anspruch auf das Arbeitslosengeld I verlieren.

### Leipzig bleibt sächsische Armutshauptstadt

Leipzig gehört nicht nur zu den am meisten von Armut betroffenen deutschen Großstädten, sondern ist weiterhin sächsischer Spitzenreiter dieser Negativskala. In der Messestadt gab es zum gleichen Zeitpunkt fast 48 000 so genannte Bedarfsgemeinschaften mit fast 80 000 Personen. Inzwischen hat es einen weiteren Anstieg gegeben. Zum Vergleich: In Dresden gab es lediglich 32 742 Bedarfsgemeinschaften mit 54 368 Betroffenen. Mit knapp 160 Hilfebedürftigen pro 1000 Einwohner nimmt Leipzig ebenfalls die sächsische Spitzenposition ein. In Chemnitz beträgt dieser Wert rund 131 und in Dresden lediglich knapp 111. Zu den auf Unterstützung Angewiesenen gehören in Leipzig mehr als 17 000 Kinder unter 15 Jahren und 13 170 Erwerbsfähige zwischen 15 und 25 Jahren.

Vergleichsweise gering ist in Leipzig die Zahl der über 55-Jährigen. Hier kann auch aus den Erfahrungen der eigenen Beratungstätigkeit angenommen werden, dass viele dieser Altersgruppe mit Vollendung des 60. Lebensjahres früher in die Altersrente gegangen sind und damit dauerhaft erhebliche Rentenabzüge in Kauf nehmen mussten.

### Wo bleiben die Proteste?

Angesichts des von Sozialabbau bereits jetzt betroffenen großen Personenkreises könnte man doch mehr Protest erwarten. Warum bleibt dieser aus? Dafür gibt es viele Gründe, die künftig noch viel tiefer analysiert werden müssten. Die meisten von Hartz IV Betroffenen haben ihren Widerstandswillen vielleicht auch deshalb aufgegeben, weil sie feststellen mussten, dass Hartz IV selbst durch die große Protestbewegung im Sommer 2004 nicht zu kippen war. Außerdem werden angesichts der geringen finanziellen Mittel viele Kräfte durch den Kampf um die Sicherung des täglichen Lebensbedarfes gebunden. Dass es in Leipzig seit Inkrafttreten von Hartz IV dennoch weit mehr als 15 000 Widersprüche von Einzelpersonen gab, ist auch Ausdruck einer Protesthaltung, die nicht gering geschätzt werden sollte.

Dennoch muss sich auch die Linkspartei.PDS fragen, welche Veränderungen in der eigenen Strategie gegen Hartz IV nötig sind. Natürlich muss es beim Grundsatz bleiben: Hartz IV muss weg! Aber angesichts ausbleibender Massen-

Die meisten von Hartz IV Betroffenen haben ihren Widerstandswillen vielleicht auch deshalb aufgegeben, weil sie feststellen mussten, dass Hartz IV selbst durch die große Protestbewegung im Sommer 2004 nicht zu kippen war. Außerdem werden angesichts der geringen finanziellen Mittel viele Kräfte durch den Kampf um die Sicherung des täglichen Lebensbedarfes gebunden.

proteste und der Mehrheitsverhältnisse im Bundestag und im Sächsischen Landtag ist in der nächsten Zeit wohl kaum mit dem Kippen von Hartz IV zu rechnen. Die Große Koalition in Berlin fühlt sich sogar angestachelt, die Daumenschrauben noch fester anzuziehen. Wir brauchen offenbar einen viel längeren Atem, als wir gehofft hatten. Die gegenwärtige Zersplitterung des Widerstandes muss überwunden werden. Selbst eine geeinte neue Linkspartei, die wir dringend brauchen, wird ohne Bündnisse mit anderen Kräften, insbesondere den Gewerkschaften, zu schwach sein. In den Parlamenten müssen wir weiterhin zumindest immer wieder für die Beseitigung der schlimmsten sozialen Grausamkeiten eintreten. Viel mehr Kraft muss dafür eingesetzt werden, unsere im Ansatz vorhandenen alternativen wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Konzepte weiter zu entwickeln, aber zugleich auf deren Umsetzbarkeit zu achten. Forderungen nach einem „bedingungslosen Grundeinkommen“ oder nach einem „Recht auf Faulheit“ sind allerdings völlig lebensfremd und werden uns wohl kaum neue Wählerschichten gewinnen lassen. Schließlich müssen wir unsere Beratungs- und Hilfstätigkeit nicht nur fortsetzen, sondern weiter verstärken.

## Jahrelanger Arbeitsrechtskampf soll zermürben

**Quelle Versandzentrum Leipzig kündigt  
kritischer Gewerkschafterin – Prozess dauert an**

LN. Wiederholt berichtete unsere Zeitung darüber und immer noch versucht die Geschäftsleitung des Quelle-Versandzentrums in Leipzig kritische Kolleginnen loszuwerden. So ist das Ende des Arbeitsrechtskampfes für Gudrun Kimmeler, Vertrauensfrau der Gewerkschaft Ver.di, nicht abzusehen. Die Vorstandsetage ist auf Verschleppung des Prozesses und auf die Zermürbung einer streitbaren Kollegin aus. Er begann im Grunde 1999 mit einer Abmahnung wegen angeblicher Minderleistung. Grund: Sie habe nicht jeden Tag 100 Prozent Leistung erbracht. Zufälligerweise engagierte sie sich zu dieser Zeit gerade für die Eingruppierung in die richtige Lohngruppe für die Packerinnen. 2000 gewinnt Kollegin Kimmeler einen Prozess um Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die ihr aus fadenscheinigen Gründen verweigert worden war. 2001, 2002, 2003, 2004 erhält sie weitere Abmahnungen wegen angeblicher Minderleistung. Zwischendurch fordert das Gericht, eine Abmahnung muss aus der Personalakte zu entfernen, da die Geschäftsleitung nach wie vor zu Arbeitsbeginn nicht sagen kann, wieviel Pakete für 100 Prozent Leistung gepackt werden müssen. Im November 2005 folgt die Kündigung wegen angeblicher Fehler beim Packen. Das Gericht urteilt, die Kündigung ist unwirksam, weil die geringe Anzahl Fehler keine Kündigung rechtfertigt. Die Geschäftsleitung von Quelle geht in Berufung und kündigt zum zweiten Mal wegen durchschnittlich drei Fehlern beim Packen von jeweils 1000 Paketen. Kollegin Kimmeler klagt wieder, das Gericht setzt das Verfahren aus, weil das Urteil der zweiten Instanz im Berufungsverfahren noch nicht ge-

sprochen ist. Die Geschäftsleitung beantragt Terminverschiebung auf April 2006, weil deren Rechtsanwältin sich einer ärztlichen Behandlung unterziehen möchte.

Kollegin Kimmeler kandidierte inzwischen für den Betriebsrat, obwohl sie seit 1. Januar 2006 den Betrieb nicht mehr betreten darf. Bei der kürzlichen Wahl am 28. März hat sie das fünftbeste Ergebnis. Aber an der konstituierenden Betriebsratssitzung kann sie nicht teilnehmen, da ihr auf Anweisung Freys, des Leiters der Personalabteilung, der Zugang verweigert wird.

Am 7. April fand nun beim Landesarbeitsgericht in Chemnitz der Prozess in 2. Instanz statt. Die Geschäftsleitung konnte nicht nachweisen, welche Auswirkungen Packfehler auf die Kunden haben. Als die Anwältin der Geschäftsleitung, Prof. Dr. Langanke, die Kundenschädlichkeit durch die Packfehler anführte, dröhnte der volle Gerichtssaal vom Gelächter. Die Kollegen haben da ihr eigenes Urteil. Nicht die paar Packfehler, sondern wie hier mit den Menschen umgegangen wird, das schafft das schlechte Image von Quelle! Verärgerung, weil bestellte Ware nicht oder verspätet geliefert wird, oder weil die Ware nicht passt oder nicht gefällt, sind die Hauptfaktoren, die zu Kundenverlusten führen.

Gudrun Kimmeler gewann und dürfte nun eigentlich nach alten Bedingungen weiterarbeiten. Doch das Gericht stimmt dem Antrag der Geschäftsleitung zu, Revision zuzulassen. Eine Hintertür fürs Quelle-Management, das es sich seit Jahren viel Geld kosten lässt, Richterprüche nicht anzuerkennen und unübliche Kollegen zu maßregeln und auszugrenzen.

## Fragen eines denkenden Unbeteiligten zum Dresdner WOBA-Verkauf

**Der Gewinn für die Stadt Dresden aus dem umstrittenen Verkauf von 48 000 Wohnungen an den US-Hedge-Fonds Fortress soll 981,7 Millionen Euro betragen  
Der Deal wirft Fragen auf.**

• Stimmt es, dass die verkauften Wohnungen zum Erbe der „maroden“ DDR gehören?

*Wenn es stimmt, ergäbe sich: Die „marode“ DDR-Diktatur rettet 2006 das demokratische Dresden.*

• Stimmt es, dass nach 1990 der Aufbau Dresden ein „Aufbau auf Pump“ (OBM Roßberg am 9. März 2006) war?

*Wenn es stimmt, dann haben die Verantwortlichen den Bankrott der Stadt einkalkuliert oder billigend in Kauf genommen.*

• Stimmt es, dass 90 Prozent der Schulden, die die Stadt heute zu tragen hat, zwischen 1990 und 1995 (Roßberg) entstanden sind?

*Wenn es stimmt, bedeutet das: Die damaligen „Erfolge“ waren Ergebnis einer kriminellen Finanzpolitik, die zur „katastrophalen Schiefelage“ (Roßberg) führen musste.*

• Stimmt es, dass die Finanzierung des Nahverkehrs, die Arbeit der Operette oder des Kreuzchors vom Verkauf der Wohnungen abhängt?

*Wenn es stimmt, wie lösen andere Städte (oder Dresden zur DDR-Zeit), diese Aufgaben? Immerhin kaufte das kulturell gewiss nicht arme München jetzt von Fortress Wohnungen zurück.*

• Stimmt es (wie Roßberg sagte) dass der Erwerber Fortress langfristig solche Renditen haben wird, dass die Renten von Bandarbeitern und Polizisten in Florida bis an ihr Lebensende gesichert sind?

*Wenn das stimmt, warum verschenkt die Stadt Dresden diese Renditen, statt sie im Interesse der Dresdner zu nutzen?*

• Stimmt es, dass z. B. Münchens Oberbürgermeister Ude (Spiegel 11/2006) die „Verzweiflungstat einzelner Kommunen“ für falsch hält und stattdessen eine vernünftige

Finanzausstattung der Kommunen fordert? *Wenn das stimmt, wäre die Entscheidung in Dresden als unsolidarisches Ausscherehen aus der Front der deutschen Kommunen zu werten.*

• Stimmt es, dass Oberbürgermeister Ude – wie auch andere Fachleute – von der Renditestategie erwarten, dass nur Mieterhöhungen, aufgenötigte Privatisierungen und Weiterverkäufe die optimale Rendite sichern?

*Wenn das stimmt, sind alle Aussagen über die ausgehandelte „Sozialcharta“ Illusionen zur Täuschung der Mieter.*

• Stimmt es, dass Dresden seit 1990 Fördergelder aus den alten Bundesländern erhielt, die auch für die Renovierung von WOBA-Häusern verwendet wurden?

*Wenn das stimmt, dann haben Städte wie Essen recht, wenn sie von Dresden Geld zurückfordern, das dem Aufbau ihrer eigenen Stadt entzogen wurde.*

• Stimmt es, dass die PDS auf ihrem Dresdner Parteitag 2005 kommunalpolitische Richtlinien beschloss, in denen es heißt: „Die Linkspartei tritt für einen Vorrang kommunaler Eigenbetriebe ein. Es gibt zudem keinerlei Veranlassung, kommunale Unternehmen ausschließlich in private Rechtsformen zu überführen.“

*Wenn es stimmt, ist es unverstündlich, dass die Dresdner Linkspartei-Stadträte Ostrowski/Weckesser jetzt fordern, die soziale Idee „aus den Fesseln altsozialdemokratischen und altkommunistischen Denkens“ zu befreien. Worin bestünde neues Denken? Im Kniefall vor Fortress?*

• Stimmt es, dass Dresden (nach Berlin mit PDS-Beteiligung) eine Art Versuchskaninchen für die Liberalisierungspolitik ist?

*Wenn das stimmt, werden Städte wie Hannover, München und andere, die sich bisher Privatisierungen widersetzen, einen erhöhten Druck erleben.*

• HORST SCHNEIDER,  
DRESDEN

Weltberühmt wurde der Schuster Wilhelm Voigt als er 1906 in Hauptmannsuniform ins Köpenicker Rathaus einmarschierte und die Stadtkasse beschlagnahmte. Nicht aus Jux und Dolerie, sondern, um zu Überleben. Die Gefängnisstrafe folgte auf dem Fuße, die Begnadigung nach zwei Jahren. 1908 besuchte der „Hauptmann von Köpenick“ auch das Gesellschaftshaus „Schloss Lindenfels“ in Leipzig-Lindenau. Er hielt darin Vorträge über seine Köpenickiade vor einem amüsierten Publikum. Leider ist diese hübsche Geschichte (von der ich annehme, dass sie stimmt) nicht in LINDENAUER GESCHICHTE(N) enthalten, deren erste Folge jetzt vorliegt. Trotzdem lohnen die 40 Seiten der reich illustrierten Broschüre Blick und Lektüre. Sie ist drei kulturhistorisch interessanten Daten dieses Jahres gewidmet. Gründung des Gesellschafts- und Ballhauses vor 130 Jahren. Die ersten Versuche als Weltkinematographen-Theater liegen inzwischen genau 100 Jahre zurück. Damit ist es das älteste heute noch existierende Kino Leipzigs. Und seit einem Dutzend Jahren fasziniert die SCHAUBÜHNE LINDENFELS ihr Pub-

## Vergessene Köpenickiade im Lindenfels

**Aus den Memoiren eines Gesellschaftshauses**



likum und die Stadt mit einer einmaligen Kultur-Programm-Melange und i h r e m harten Überlebenskampf.

Der Arbeitskreis Stadtteilgeschichte des Lindenauer Bürgervereins dokumentiert mit Hilfe zahlreicher Autoren und Sammler das spannende Auf und Ab dieses Gebäudes und seiner wechselnden Eigentümer.

„Gerade die Baugeschichte mit den Plänen, Niederlagen und Neuaufbrüchen der jeweiligen Betreiber bringt nicht nur manches bisher verborgene aus vergangenen Zeiten zum Vorschein, sondern lässt Ähnlichkeiten zur heutigen Zeit entdecken....“, meint der Bürgerverein nicht zu Unrecht. Insgesamt eine reizvolle und gut bebilderte Idee im Lindenfels-Jubiläumjahr 2006 u n d ein nachdrückliches Plädoyer für die kulturelle Erhaltung und weitere Entfaltung gerade dieses Stadtteils.

Man wünscht dem Team Ausdauer und Recherche für geplante weitere Lindenauer-Hefte, die mit vier EURO außerdem sehr preiswert sind.

• M. Z.

Historische Postkarte aus: Lindenauer Geschichte(n) 1

Nur wenige Wochen vor der 60. Wiederkehr der ersten Friedensmesse vom 8 bis 12. Mai 1946 wurde das ehemalige Messehaus „Messehof“ nach umfangreichen Umbau- und Sanierungsarbeiten eröffnet. Das heißt, die Restarbeiten am umgebauten Messehaus am Markt sind beendet. Nachdem die seit 1990 auf der grünen Wiese entstandenen Handelstempel nicht zu verhindern waren, ließ es sich der im Gefolge von Wolfgang Tiefensee nach Berlin als Staatssekretär entschwundene Engelbert Lütke-Daldrup, nun nicht nehmen, der Eröffnung des Messehofs beizuwohnen und Grüße an die Erbauer und Investoren sowie

Von  
**SIEGRIED SCHLEGEL**

Händler zu richten. Dabei sprach er vom langen Atem, den die Stadt bei der Erneuerung des Stadtzentrums und bei der Handelsansiedlung gegenüber der Konkurrenz auf der grünen Wiese brauche. Händler der grünen Wiese aber hätten inzwischen das Flair der Innenstädte erkannt und versuchten, dies in Scheinwelten nachzubauen. Das urbane Leben von Städten, das wesentlich durch die Mischung der Funktionen nicht nur in der Fläche, sondern in den Gebäuden selbst bestimmt ist, lasse sich aber nicht nur mit Handels- und allenfalls Bürofunktionen kopieren.

### Harmonisch vereintes Altes und Neues

Die Investoren des Messehofes und des Messehauses am Markt kommen aus München, Berlin/Leipzig, die Meyer Bergmann Group kommt aus den Niederlanden.

Das Projekt für den Umbau stammt von dem Leipziger Architekturbüro Weis & Volkman, das bereits den Wettbewerb für den Umbau des Messehauses am Markt 2002 für sich entschieden hatte. Die 105 Meter lange, leicht gekrümmte Passage verbindet die Petersstraße und den Neumarkt. Besonders gelungen harmonisieren nun Altes und Neues. So blieben in der Eingangshalle die Pilzsäule mit Reliefdarstellungen von arbeitenden Menschen (Bergmann, Spinnerin, Genossenschaftsbauer und Geistesarbeiter), nach einem Entwurf des Leipziger Bildhauers Alfred Thiele und ausgeführt von Steinmetzmeister Fritz Przibila. Erhalten blieben auch die originalen Wandverkleidungen aus Travertin mit den Öffnungen für die ehemaligen Treppenhauseingangs- und Aufzugstüren zum einstigen Messehaus. Im Blumengeschäft der Hamburger Handelskette *Blume 2000* wurden sie jedoch leider einfach zugemauert, wie die Denkmalpflege bei der Eröffnung fest-

# Wieder Handel im Messehof

stellte. Sie wird nun auf Veränderung drängen. Die mit Langensalzaer Kalkstein verkleideten Straßenfassaden wurden ebenfalls saniert. Lichtdurchflutet ist die Passage durch ein bis an ein Glasdach reichendes Atrium in der Gebäudemitte. Bereits im Vorgängerbau „Hohmanns Hof“ gab es ein Glasgewölbe. Das erinnert an Debatten um die Passagen und Lichthöfe bei der Sanierung von „Specks Hof“. Dort wollte der Projektentwickler Teile der historischen Passagen mit den Kupfergewölbedecken sowie die Lichthöfe zugunsten eines riesigen Atriums öffnen. Damals hatte sich auch der Autor nachdrücklich für den Erhalt der historischen Lichthöfe und Passagen eingesetzt. Es war ohnehin davon auszugehen, dass solche Atriumräume in den Folgejahren entstehen würden, ohne denkmalgeschützte Bauteile zu zerstören – siehe den nun neueröffneten Messehof. Das Atrium ist wichtig, weil der Messehof nur Fensterfassaden jeweils an den Giebelflächen am Neumarkt und Petersstraße besitzt. Nachdem viele Jahrzehnte auf Fensterfassaden bei Kaufhäusern verzichtet wurde – bis auf die Schaufenster im Erdgeschoss –, hat man diese in den letzten Jahren wieder entdeckt. Als Beispiel sei nur die kürzlich eröffneten Marktgalerie genannt.

Bedauerlich ist, dass es am Messehaus am Markt keinen Bezug zur alten Fassade aus der Zeit Anfang der 60-er Jahre gibt. War die Gebäudeecke mit dem Alten Rathaus im Hintergrund doch über Jahrzehnte ein weltbekanntes Fotomotiv der Messestadt.

Aus dem Buch *Leipzig – Baumeister und Bauten* von Dr. Wolfgang Hoquel ist zu erfahren, dass auf diesem Areal des Messehofes ehemals das barocke Palais „Hohmanns Hof“ stand (das sich der Bankier und Kaufmann Peter Hohmann in der Stadt errichten ließ) und der Messpalast „Zeißighaus“ (Neumarkt 8) standen. Letzteres entstand 1906-1907 in Verantwor-



Pilzsäule mit Reliefdarstellungen von arbeitenden Menschen nach einem Entwurf des Leipziger Bildhauers Alfred Thiele und ausgeführt von Steinmetzmeister Fritz Przibila. Fotos: Märker

tung des königlich-sächsischen Baurats Julius Zeißig. Beide Gebäude wurden durch anglo-amerikanische Bomben zerstört. Ausführlicher beschreibt Werner Starke in seinem Buch *Die Leipziger Messehäuser – Gestalt und Geschichte* (1962) den Neubau des Messehofes in den Jahren 1949 bis 1950. Er hatte unmittelbar nach Ende der Herbstmesse mit dem Restabbruch und Erdaushub von 20 000 m<sup>3</sup> begonnen. Das gesamte Quartier war in großen Teilen zerstört, der „Zentralmessepalast“ war zur Messe in Jahren 1946 – 1947 teilweise wieder nutzbar. Lediglich die „Mädler-Passage“ war von Bomben weitestgehend verschont geblieben.

### Ausstellerfreundlicher Wiederaufbau 1950

So wie andere Messehäuser in der Innenstadt und Hallen auf der

Technischen Messen sollte auch der Messehof von der wiedererstellenden ostdeutschen Wirtschaft künden. In den folgenden Jahren bis zur Wende entwickelte sich der Messestandort Leipzig zur wichtigen Drehscheibe des Ost-Westhandels und leistete einen wichtigen Beitrag zum Frieden auch in Zeiten der Ost-West-Konfrontation, wie selbst regelmäßige Grußbotschaften der US-Präsidenten zeigten.

Im Messehof wurden über mehrere Jahrzehnte vor allem Nahrungs- und Genussmittel präsentiert. Um bereits zur Frühjahrsmesse 1950 das Gebäude teilweise nutzen zu können, arbeiteten bis zu 600 Bauarbeiter in drei Schichten auf der Baustelle. Angesichts der Knappheit der Ausstellungsflächen war es in jenen Jahren übliche Praxis, dass Messehäuser und -hallen in Teilflächen bis zu den Messen

provisorisch nutzungsfähig gestaltet wurden, um anschließend weiterzubauen.

Im Winter 1949/50 war mit anhaltend niedrigen Temperaturen zu kämpfen, doch am 25. Februar stieg die Richtkronen auf und schon kurz danach wurden zur Frühjahrsmesse drei Geschosse an der Peterstraße als Ausstellungsflächen genutzt. Am 20. August des selben Jahres, nur sieben Tage vor der Eröffnung der Herbstmesse, wurde der Messehof an die Aussteller übergeben. Errichtet wurde das Gebäude von der Bau-Union, die bis zur Wende als Bau- und Montagekombinat Süd bestand. Die Baukosten beliefen sich auf 6,2 Mio Mark. Der Steinholzfußboden, Spülkabinette, Kühlräume sowie Zu- und Abflüsse bis zu den Ständen waren für die Aussteller besonders nutzerfreundlich. Die neu entstandene Passage war relativ niedrig und beeindruckte vor allem durch die in Stuckkehlen eingebaute Beleuchtung, die die Decke als Leuchtband erscheinen ließ.

### Geschichtsträchtiges Messestadtareal

Wie aufgefundene Pfähle bewiesen, standen an dieser Stelle Gebäude aus dem 13. und 14. Jahrhundert, sie waren dem großen Stadtbrand von 1420 zum Opfer gefallen. 1530 ist ein Gasthof und im 17. Jahrhundert ein Ballhaus dokumentiert. Diese Gebäude dienten, wie zahlreiche weitere in der Stadt, auch als historische „Gewandhaus“ gehörte dazu, den Kaufleuten während der Messe als Stapelplätze. Anzunehmen ist, dass das Areal ein Zentrum des Kunsthandels war, befand sich dort doch auch das Gästehaus der Stadt, „Königshaus“ genannt, in dem zahlreiche gekrönte Häupter logierten. Aus Amsterdam kam der europaweit bekannte Kunsthändler Peter Schenk zur Messe, zu dessen besten Kunden der sächsische König August der Starke zählte.

Der Investor verzichtete übrigens bewusst auf eine Neubenennung und bekannte, dass die bisherigen Namen „Messehof“ und „Messehaus am Markt“ für ihn Programm seien. Das ist schon bemerkenswert, denn beim nicht weniger traditionsreichen Leipziger Hauptbahnhof hatte der Investor ECE trotz aller Einsprüche des städtischen Planungsausschusses auf einer Benennung des Einkaufszentrum als *Promenade* bestanden. Als Kompromiss konnte nur erreicht werden, dass die Bezeichnung Hauptbahnhof wenigstens noch an der Ost- und Westhalle über dem Logo *Promenade* angebracht wurde. Wobei sich die Leipziger widerstandsfähig erwiesen, denn wer spricht schon von den Promenaden? Alle Welt redet weiter vom Hauptbahnhof.





## Courage, Verbot und Skandal

Die Abwehr neonazistischer Aktivitäten in Sachsen bleibt eine vorrangige Aufgabe der demokratischen Öffentlichkeit. Auf die Behörden kann man sich dabei nicht verlassen, man muss sie zwingen, ihren Pflichten nachzukommen.

Kaum hatte das Landratsamt Bautzen angesichts der wochenlangen nachdrücklichen Forderungen und des tätigen Engagements vieler Bürger der Stadt im letzten Moment die für den 8. April angekündigte Nazi-Demo verboten, konnte diesem erzwungenen eindeutigen Zeichen am Sonnabend darauf eine Ersatzveranstaltung in Hoyerswerda folgen. Dass der stellvertretende Ordnungsamtsleiter der Stadt Hoyerswerda am Vormittag dieses Tages kurzfristig grünes Licht für den zuvor offiziell nicht angemeldeten Marsch der Neonazis durch die Hoyerswerdaer Neustadt gegeben hat, ist ein Skandal, der von der labilen Situation der Behörden in dieser Frage zeugt. Die Linksfraktion im Stadtrat hat ein Nachspiel zu diesem Vorfall angekündigt. Offenbar versagt haben hier die Verantwortlichen der Stadtverwaltung von Hoyerswerda, aber auch die zuständige Polizeidirektion Görlitz und das sächsische Innenministerium, die mit einer solchen Ersatzveranstaltung rechnen mussten, sind ihrer Verantwortung nicht gerecht geworden. • G. L.

# Keine Katastrophe?

LN. Gestützt auf Besuche vor Ort und zahlreiche Gespräche mit Betroffenen des diesjährigen Elbe-Hochwassers und Helfern hat der Landtagsabgeordnete der Linksfraktion.PDS André Hahn in der jüngsten Landtagsdebatte zum Hochwasserschutz in Sachsen eine Reihe Fragen aufgeworfen, die ungeachtet der Verbesserungen gegenüber dem Jahre 2002 die Regierung heraus fordern. Er verweist vor allem darauf, dass viele Menschen aufgrund von Äußerungen des Ministerpräsidenten, regelrecht wütend und

demotiviert sind. Er fragt ihn, welcher Teufel hat ihn geritten habe, wieder und wieder zu erklären, bei der aktuellen Situation handele es um keine Katastrophe, sondern lediglich um ein etwas stärker ausgefallenes Frühjahrshochwasser. „Ich frage mich, warum Landräte und Bürgermeister entlang der Elbe reihenweise Katastrophenalarm ausgelöst haben, wenn es Ihrer Meinung nach überhaupt keine Katastrophe gibt.“

Seit dem Hochwasser vom August 2002 habe es zwar einige Maßnahmen zum Hochwasser-

schutz gegeben, und die neuen Rückhaltebecken haben zweifellos zur Entlastung beigetragen, aber insgesamt sei festzustellen, dass die Staatsregierung ihre Hausaufgaben seit 2002 nicht oder nur unzureichend gemacht hat. Auch deshalb seien die Forderungen nach einem staatlichen Hilfsprogramm absolut gerechtfertigt. Wenn es dazu nicht käme, wären die betroffenen Kreise pleite. Das Land dürfe sich nicht aus seiner Verantwortung stehlen, denn es trägt eine Mitschuld an den neuerlichen Schäden.

## Für starke Betriebsräte in Sachsen

LN. Die Linksfraktion.PDS hat in der vorigen Woche im Landtag einen Antrag eingebracht, der darauf zielt, einen vom DGB Sachsen initiierten „Mitbestimmungsappell“ zu unterstützen und jährlich einen „Sächsischen Unternehmens-Mitbestimmungspreis“ zu vergeben. In Sachsen gibt es nach Aussagen des DGB gegenwärtig etwa 7000 Betriebsräte, für

die noch bis Ende Mai Neuwahlen stattfinden.

„Wir wollen“, äußerte MdL Klaus Tischendorf in der Begründung des Antrags, „gerade im Lichte der Ereignisse der letzten Monate, erreichen, dass sich das Hohe Haus aktiv in das breite Bündnis für einen gesellschaftlichen Konsens über die Notwendigkeit von starken Betriebsräten einreicht.“

Er wies darauf hin, dass über 95 Prozent der sächsischen Unternehmen haben 50 oder weniger Beschäftigte. Gerade sie bräuchten ermutigende Signale von der Politik, betriebliche Mitbestimmung voranzubringen. Die Linksfraktion.PDS dränge nach einer Entscheidung in einer Zeit, in der die Wahlen zu den Betriebsräten auf der Tagesordnung stehen.

### Winterdienstkosten

LN. Durch Wintereinwirkungen stark beeinträchtigte Kommunen in Sachsen werden künftig bei den entstandenen Kosten entlastet. Aufgrund eines Antrags der Linksfraktion.PDS im Landtag erhalten sie einen angemessenen finanziellen Ausgleich. Die Landesregierung kündigte an, sich an den Kosten für die Beseitigung von Straßenschäden mit 15 Millionen Euro zu beteiligen. Auch sollen entsprechend dem Antrag ab 2007 die finanziellen Folgen außergewöhnlicher Witterungsereignisse im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) dauerhaft geregelt werden.

### Dioxin-Grenzwerte

LN. Der Sächsische Landtag hat sich mit der Nichteinhaltung des Grenzwertes bei dem extrem toxischen durch das Stahlwerk in Riesa befasst. Abgeordnete der Linkspartei. PDS erklärten dazu, dass die Versäumnisse durch eine Anfrage im Herbst vergangenen Jahre zutage gekommen sind und das Werk wie die Behörden die Überschreitung trotz zahlreicher Bürgerbeschwerden über ein Jahrzehnt lang duldeten. Sie verwahrten sich dagegen, Umweltschutz und Erhalt der Arbeitsplätze gegeneinander auszuspielen. Nur alle zwei Jahre die Immisionen zu messen reiche nicht.

### Schulschließungen

LN. Nachdem in Sachsen seit dem Schuljahr 1992 mehr als 1000 Schulen geschlossen wurden und weitere 35 im nächsten Schuljahr schließen sollen, kündigte Kultusminister Flath an, die „Schulnetz Anpassung sei fast geschafft“. In diesem Zusammenhang stellte Cornelia Falken (Linksfraktion. PDS) die zwingende Notwendigkeit zweizügiger Mittelschulen in Frage, die neben Bevölkerungsschwund als Argument für Schulschließungen dienen. Überdies sei eine gemeinsame Schule für alle Schüler nicht nur bildungspolitisch vernünftig, sondern auch für die Schulnetzgestaltung günstig.

## Linke Positionen zu Privatisierungen in Kommunen

LN. Die Linksfraktion.PDS im Sächsischen Landtag hat den Verkauf der WOBa in Dresden zum Anlass genommen, um mit Experten über die Bedeutung kommunalen Eigentums für die Handlungsfähigkeit von Politik zu beraten. Als externe Sachverständige waren der Dresdner Finanzbürgermeister Hartmut Vorjohann (CDU), der Bürgermeister von Meerane Prof. Dr. Lothar Ungerer (parteilos), Prof. Dr. Dieter Klein, Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung aus Berlin, und Dr. Klaus Lederer, Landesvorsitzender der Berliner Linkspartei.PDS, beteiligt.

Im Ergebnis der Diskussion verabschiedete die Linksfraktion. PDS eine Erklärung, die folgende Grundsätze festhält:

1. Da vor allem eine verfehlte Wirtschafts-, Struktur- und Steuerpolitik viele Kommunen in eine akute Finanznot gebracht hat, unterstützt die Partei alle Bemühungen auf Bundesebene, um die überfällige Gemeindefinanzreform und verbindliche Mitspracherechte der Kommunen auf den Weg zu bringen.

2. Sie hält es für legitim und verantwortungsvoll, alles zu tun, um Gestaltungsspielräume zu gewährleisten und wiederherzustellen. Aber sie kann die Privatisierungen von Teilen des öffentlichen Eigentums nach gründlicher Einzelfallprüfung anerkennen, aber nur dann, wenn die Erfüllung der Aufgaben der Kommunen aus der Verfassung und der Gemeindeordnung nicht gefährdet ist.

3. Grundsätzlich bleibt die Fraktion entschiedener Gegner des Ausverkaufs der Grundlagen für die Daseinsvorsorge, und sie wendet sich daher z. B. auch gegen Privatisierungen, die ein bezahlbares menschenwürdiges Wohnen gefährden können.

### 4. April

**Wermisdorf.** In einem Geflügelzuchtbetrieb verendete Tiere begründen den Verdacht der Infektion mit dem aggressiven Virus H5N1, der sich am folgenden Tag bestätigt. Das erstmalige Auftreten von Vogelgrippe bei Nutztieren in Deutschland ist Anlass für die Tötung von tausenden Hühnern, Puten und Gänsen, für die Errichtung einer Sperrzone und weitere Schutzmaßnahmen.

**Dresden/Torgau.** Das Hochwasser der Elbe erreicht in Dresden mit 7,49 Metern ihren Höchststand. In Torgau werden 8,15 Meter Pegelstand erwartet, sechs Meter mehr als normal.

**Chemnitz.** Das Amtsgericht Hainichen verhängt gegen einen früheren Pfarrer einen Strafbefehl wegen der Verbreitung von Pornografie im Internet und des Besitzes kinderpornografischer Schriften.

### 6. April

**Dresden/Leipzig.** Die Staatsanwaltschaft beschlagnahmt bei der Leasing-Tochter der Landesbank Sachsen, MDL, Unterlagen und Bürotechnik aufgrund einer Anzeige des Landtagsabgeordneten Karl Nolle, der leitenden Mitarbeiter der

# SACHSEN-CHRONIK

4. bis 17. April

Bank uneidliche Falschaussage, Untreue bzw. Beihilfe zu Untreue vorwirft.

### 7. April

**Dresden.** Der Landtag beschließt Maßnahmen zur engeren Zusammenarbeit von Lehrern, Erziehern, Ärzten, Polizei und Jugendhilfe bei der Bekämpfung des Missbrauchs und der Vernachlässigung von Kindern.

**Dresden.** Innenminister Flath informiert 35 Schulen über deren vorgesehene Schließung in den nächsten Jahren. Die endgültige Entscheidung fällt, nachdem die betroffenen Schulen bis Ende April Stellung genommen haben.

### 8. April

**Dresden/Leipzig.** Nach Angaben des Wissenschaftsministerium sollen die Studiengänge der sächsischen Hochschulen bis 2010 vollständig auf das angelsächsische Bachelor- und Master-System um-

gestellt werden. Von 680 Studiengängen sind bereits 150 umgestellt. Als erste Hochschule vollständig umgestellt sein wird die Universität Leipzig bis zum Wintersemester 2006/07.

**Chemnitz.** Der wirtschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion.PDS im Landtag, Karl-Friedrich Zais, tritt nach seiner Nominierung als Kandidat zur Oberbürgermeisterwahl im Juni an. Mitbewerber sind Detlef Nonnen (CDU) und Wissenschaftsministerin Barbara Ludwig (SPD).

### 9. April

**Leipzig.** Die Automobilmesse AMI schließt mit einem Besucherrekord ihre Pforten. An neun Ausstellungstagen kamen 290 000 Besucher, 16 000 mehr als im Vorjahr. 492 Aussteller aus 18 Ländern präsentierten ihre Erzeugnisse. Die begleitende Fachmesse AMITEC ist bereits vier Tage zuvor ebenfalls mit einem

Besucherrekord zu Ende gegangen.

### 10. April

**Dresden.** Laut Sozialministerium ist im Jahre 2005 entsprechend einem Test jedes sechste kontrollierte Ei von frei laufenden Hühnern in Sachsen dioxinbelastet.

### 11. April

**Brüssel.** Die EU-Jury entscheidet sich bei der Wahl zwischen den beiden deutschen Bewerbern um die „Europäische Kulturhauptstadt 2010“ für Essen zuungunsten von Görlitz und dem benachbarte polnischen Zgorzelec.

**Dresden.** Nach ursprünglicher Ablehnung beschließt die Landesregierung ein Hilfsprogramm für Opfern des Frühjahrshochwassers in Höhe von 35 bis 40 Millionen Euro. Vorgesehen sind vor allem zinsgünstige Kredite für private Hauseigentümer.

### 17. April

**Chemnitz.** Über 300 Teilnehmer kamen in Chemnitz zum Ostermarsch. Unter der Losung „Für EINE Welt in Frieden“ forderten lokale Friedensinitiativen unter anderem das Ende der Kriegsvorbereitungen gegen den Iran und die Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen.

### LN: Sie haben die Vereinigung von KPD und SPD vom 21. April 1946 auch privat gestaltet ...

**H. Lauter:** Und nicht nur ich. Da gab es schon mehrere Genossinnen und Genossen aus beiden Parteien, die sich fanden. Als mich meine Gertrud – die älteste Tochter vom „Reichsbanner Müller“, wie sie in Chemnitz allgemein hieß – 1945 ihrer Mutter vorstellte, erklärte die: „Dich kenne ich.“ Trotz meines Einwandes, ja zehn Jahre in Haft gewesen zu sein, blieb sie dabei. Wobei sich die Sache löste, als ich berichtete, dass ich im Dezember 1935 von der Untersuchungshaft in Leipzig zur Gestapo nach Chemnitz überstellt worden war und mich im Polizeigefängnis Hartmannstraße befand. Denn dort saß Helene Müller als SPD-Genossin damals ebenfalls. Bei ihren Hilfsarbeiten in der Häftlingsküche war ich ihr als jüngster unter den Männern besonders aufgefallen.

### Auf der politischen Ebene, so die heutige Lesart, sei die Vereinigung von SPD und KPD unter Zwang erfolgt.

Und die, die gar nicht dabei waren, wissen das natürlich am besten. Da gibt es zum Beispiel einen Andreas Malycha, der in der Bundesrepublik als Kenner der Frühgeschichte der SED gehandelt wird. Er recherchierte im Zentralen Parteiarchiv und anderen Archiven der SED, nannte das seinen „Blick in das Innenleben der SED“. Und die Vereinigung der Arbeiterparteien nennt er das Vereinigungsdrama von 1945/46. Auf Protokolle gestützt, nennt er zum Beispiel drei Personen, die faktisch gegen die Vereinigung aufgetreten seien. Gerade die aber haben an der Basis aktiv für unser Zusammengehen geworben. Ich will damit nur sagen, auch Originaldokumente sind nicht alles. Auch die muss man hinterfragen.

### Dennoch gab es Probleme?

O ja. In den Vorständen, besonders auf Bezirksebene, gab es einige (wenige) Funktionäre, die mit antikommunistischer Verleumdung gegen die Vereinigung auftraten. Das beginnt mit der Behauptung, dass sich die im Aktionsprogramm der KPD vom 11. Juni 1945 gegebene Orientierung „*dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, da es nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen entspricht*“, nur eine getarnte Umschreibung für die Diktatur des Proletariats sei. Unsere Argumente, eine Vereinigung nur in einer Zone stelle eine Gefahr für die Einheit Deutschlands dar, konnten sie nicht entkräften.

Auch die Forderung, dass die Kommunisten (die die größten Opfer im Kampf gegen Hitlerfaschismus und Krieg erbracht haben), wenn sie es mit der Vereinigung ehrlich meinten, ihre Partei auflösen und einzeln um Aufnahme in der SPD nachsuchen sollten, stieß bei der Mehrzahl der Mitglieder auf entschiedenen Widerstand.

Ich könnte noch andere Probleme nennen, aber die Behauptung der Einheitsgegner, die Mehrheit der SPD-Mitglieder sei gegen die Vereinigung mit der KPD gewesen, entspricht in keiner Weise den Tatsachen.

### Und zum Glück gibt es ja noch Zeitzeugen wie Sie. ...

Wir in den Lagern und Zuchthäusern haben doch sehr drastisch am eigenen Leib erfahren, dass die Spaltung der Arbeiterbewegung das Grundübel ist, das schließlich sogar die Machtübertragung an die

Hitlerpartei ermöglichte. In vielen Gesprächen lernte ich damals im Moorlager II, im Aschendorfer Moor, Fritz Erler kennen, der wegen seiner illegalen antifaschistischen Tätigkeit zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden war und in der späteren BRD einige Jahre als stellvertretender Vorsitzender der SPD wirkte. Und der sagte uns schon 1940 unter Berufung auf das Heidelberger Programm: Uns Sozialdemokraten unterscheidet von euch Kommunisten nicht das Ziel, sondern der Weg. Wir wollen beide den Sozialismus. Ihr Kommunisten nach russischem Vorbild über die Diktatur, wir über die Demokratie. Erst im Herbst 1945 bekam ich dieses Programm aus dem Jahre 1925 in die Hand und war überrascht zu lesen: „*Das Ziel der Arbeiterklasse kann nur erreicht werden durch die Verwandlung des kapitalisti-*

LN im Gespräch mit Prof. Dr. HANS LAUTER, der 1945/46 in Chemnitz aktiv an der Vereinigung von KPD und SPD beteiligt war

## Uneinigkeit nützt nur dem politischen Gegner

*... schen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum*“. Oder auch dies: Die Arbeiterklasse „*kann die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht bewirken, ohne in den Besitz der politischen Macht gekommen zu sein*“.

### Die hatte die SPD in der BRD zeitweise errungen ...

... und sich dabei von ihren eigenen Wurzeln unendlich weit entfernt. Wobei, der Vereinigungsprozess begann ja nicht erst 1945, wir erlebten ihn praktisch schon hinter Gittern. Nur ein kleines Zeugnis dafür: Als Arthur Strobel, SPD und Vorsitzender des Chemnitzer Metallarbeiterverbandes, in der grünen Minna saß, in der Kommunisten und Sozis immer gegenüber platziert wurden, stand er auf und setzte sich zwischen die Kommunisten. Aber nicht nur von ihren Mitgliedern entfernte sich die SPD in der BRD. Gleichzeitig entfernte sich die Partei von ihren programmatischen Aussagen. Zu ihnen gehörte, dass die Gründe der Spaltung nichtig werden, dass die Einigung der Arbeiterklasse zum Zwang wird, den die Geschichte selbst auferlegt. Vom Bruderkampf profitiert immer nur der Gegner, und für uns Antifaschisten war klar, wir wollten eine Partei mit klarem marxistischem Programm, die besser ist als die SPD und besser als die KPD.

Und doch stehen wir nun wieder an einem Anfang, neue Fusionen für eine bessere, gemeinsam agierende linke Partei sind unumgänglich, neue Hürden sind zu nehmen. Anders gesagt: Was können, was müssen die WASG und die Linkspartei aus der Geschichte lernen? Angesichts der Zersplitterung und unterschiedlichen Erfahrungen gibt es gewiss

etliche Probleme, aber sie unterscheiden sich schon von denen, die wir 1945/46 zu lösen hatten. Denn personell hatten wir die Sache im Griff. Das Wort anerkannter Antifaschisten, die Hitler Widerstand geleistet hatten und die für den Schwur von Buchenwald „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus“ einstanden, zählte in beiden Parteien. Wobei wir damals ja auch schon aus Erfahrungen lernen konnten – zumal sich der Gothaer Vereinigungsparteitag der Eisenacher und Lassalleaner 1945 gerade zum 70. Mal jährte und wir schließlich Marxens Kritik am Gothaer Programm kannten. Aber trotz dieses vom Lassaleanischen Flügel geprägten Programms wurde die Partei unter illegalen Verhältnissen so stark, dass sie schließlich Bismarcks Sturz bewirkte. Wir fragten uns deshalb schon,

des Mitregierens, zulässiger, tragbarer Kompromisse also, um die Lage der Menschen zu verbessern, bzw. Erreichtes zu beschützen. Auf kommunaler Ebene sehe ich da weniger Probleme. In den Ländern und im Bund ist es schon komplizierter. Was Mecklenburg-Vorpommern betrifft, da fehlt mir die konkrete Einsicht. Aber die PDS in Berlin machte meiner Meinung unzulässige Kompromisse. In der Regierungsbeteiligung dort sehe ich einen Fehler. Das begann schon mit der Präambel der Koalitionserklärung.

Sie legen besonderen Wert auf die Trennung von tragbaren und untragbaren Kompromissen. Wäre es nicht auch innerhalb der neuen linken Partei unzulässig, beispielsweise auf die anti-kapitalistische Ausrichtung zu verzich-



Foto: wart

in welchem Verhältnis dieser Erfolg zum opportunistischen Parteiprogramm stand. Einzelne argumentierten, dass sich die Führung dieser Partei nicht an ihrem Programm, sondern an den Ratschlägen von Marx und Engels bzw. an der Marxschen Programmatik orientiert hätten. Unter Haftbedingungen konnten wir das nicht

**Vom Bruderkampf profitiert immer nur der Gegner, und für uns Antifaschisten war klar, wir wollten eine Partei mit klarem marxistischem Programm, die besser ist als die SPD und besser als die KPD.**

beweisen. Aber nach 1945 kam ich zur Einsicht, dass diese Genossen wohl recht hatten. Und was das Zusammengehen von WASG und Linkspartei betrifft, da kann ich nur aus Erfahrung vermuten: Die Praxis, der politische Alltag wird ein guter Lehrmeister sein.

Ein gemeinsames Programm der linken Fusionspartner steht noch aus, aber gemeinsame Wahlerfolge gibt es schon. Gerade darin liegt die Crux. Werden sie zu groß, steht die Frage von Regierungsbeteiligungen – ein rotes Tuch nicht nur für die WASG.

Wenn ein solches Vertrauensvotum erreicht wird, darf man es nicht missachten. Dann gilt es, Entscheidungen im Interesse der Wähler zu treffen. Gestützt eine gleichzeitig organisierte starke außerparlamentarische Bewegung sehe ich Möglichkeiten

ten, die bei der WASG durchaus ein Streitpunkt ist?

Für mich ist das ein wesentlicher Punkt, der perspektivisch programmatisch unbedingt erhalten bleiben muss. Dennoch, unter den Bedingungen der Globalisierung müssen Maßnahmen, Aktionen, Gesetzesvorschläge usw. auch Massenbasis haben. Wenn eine parteipolitische Forderung von den Massen nicht verstanden wird, ist sie nicht nur sinnlos, sondern auch destruktiv. Positiv ausgedrückt: Die Linke muss den Nerv der Massen treffen. Sie muss unter Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten Widerstand gegen den Sozialbau, gegen die brutale Umverteilung von unten nach oben organisieren. In der Gegenwart bedeutet das vor allem, Abwehrkämpfe zu führen. Auch wenn das nur Tageserfolge bringt, man darf sich nicht zu einer „Gewalt-Offensive“ provozieren lassen. So entspricht der Pauschalruf „Hartz IV muss weg“ nicht dem derzeitigen Kräfteverhältnis, da damit nicht gesagt wird, was davon weg muss. Es lohnt sich, wieder mal Lenins Schrift vom Radikalismus als Kinderkrankheit des Kommunismus zu lesen. Im Prozess der Abwehr – sei es nun im Kampf gegen sozialpolitische Gräueltaten oder gegen die Kriegseinsätze der Bundeswehr – kann man Kräfte sammeln, mobilisieren, stärken für größere, auch für offensive Aufgaben. Das macht glaubwürdig, berechenbar, wählbar. In solchen Abwehrkämpfen sehe ich auch die Chance für die Linke, ihre Zersplitterung zu überwinden. Notwendig ist nicht nur die Fusion von Linkspartei und WASG, notwendig sind breite Bündnisse, ohne die Programmatik aufzugeben. Schließlich: Die kapitalistische Ordnung ist nicht das Ende der Geschichte.

• Das Gespräch führte MAXI WARTELSTEINER

Viele Leute schreiben in dieser Zeit ihre Memoiren, ihre Lebenserinnerungen oder Berichte aus verflochtenen Perioden, Autobiographien und andere Entgleisungen. Manche lassen dabei auch ihre Kindheit, die Lebensperiode der relativen Unschuld, nicht aus. Und um den Ritualen der neuen Anpassung zu genügen, agieren die Schreiber in einer Weise, die auf einen Mainstream-Konformismus abzielt. Ich gebe zu, dass dieser Begriff weder eine exakte philosophische noch eine literaturwissenschaftliche Kategorie, sondern eine Erfindung von mir und daher erklärungsbedürftig ist. Er meint vor allem, dass man mitschwimmen müsse im großen Fluss der Zeit, ja dass es auf Akzeptanz innerhalb einer erklecklichen Schnittmenge ankomme, wie neuerdings chic formuliert wird. Man will Sprachrohr derer sein, die ebenso denken, es aber aus taktischen Erwägungen nicht aussprechen möchten – es könnte ja bei veränderten Konstellationen nicht mehr so recht opportun sein. Aber generell schafft dieserart Handeln immerhin Wärme und Geborgensein. Es ist außerdem ideologisch, politisch und ökonomisch gleichermaßen clever, und wer clever ist, strömt auf dem Weg zum Erfolg voran oder mit. Man steht dann bei denen, die Deutschland sind und bald an die Spitze Europas rücken werden, wie ALLerhöchst verlautet. Natürlich ehrlich und in kleinen Schritten. Die großen bleiben den Großen vorbehalten, denen Befangenheiten fremd sind und die in Abfindungen und Renditen denken.

So habe ich mir überlegt, dass es der lesenden Welt recht gut anstünde, auch meine Botschaften zu hören und aus meinem damaligen (jungen) Leben zu lernen. Europa, das vereinte natürlich, wird es mir zu danken wissen.

Natürlich will ich das, allerdings nicht auf diese simple Art. Man muß das schon geschickter verpacken – wie im Supermarkt bei Fleisch und anderen bekannten Sorten, wenn das Verfallsdatum des Produkts mit dem Kalender kollidiert, die kapitalistische Ethik also aus den Regalen stinkt.

Gebohren wurde ich ganz persönlich von meiner lieben Mutter. Und zwar im Jahre 1938 – also noch Friedensware, gewissermaßen, aber eben entstanden in der vorhergegangenen, der ersten deutschen Diktatur. Mein Vater entzog sich seinen Aufsichts-, Versorgungs- und Erziehungspflichten dadurch, dass er seine Werkstatt, meine Mutter und mich im Stich ließ und in fremde Länder reiste – nicht so ganz freiwillig, aber immerhin. Es wäre für alle leichter gewesen, er hätte das nicht getan. Mit der Rückkehr nahm er es auch nicht so eilig und behauptete dann, die Amerikaner hätten ihn lange in ihren Lagern festgehalten – was aus heutiger Sicht doch etwas fragwürdig erscheint, denn Amerikaner hatten und haben bekanntlich keine Lager. Russen – ja, aber bei denen war er nicht. Also gibt es hier schon den ersten Aufklärungsbedarf, so dass man eine Enquetekommission oder zumindest einen Ausschuss zur Aufarbeitung dieser delikaten Dinge einsetzen müsste. Zudem sei er unter bewaffneter amerikanischer Aufsicht in belgischen Kohlebergwerken zur Arbeit angehalten worden, wie er mehrfach erzählte, und das macht die ganze Geschichte absolut nicht durchschaubarer, denn was hätten die Amerikaner in anderen Ländern tun sollen, wo sie doch mit der Befreiung der Deutschen befasst waren? Außerdem gehen Amerikaner nicht mit der Flinte in der Hand einfach in andere Länder. Das verbieten

ihnen die Grundwerte von Demokratie und Freiheit und so – und außerdem ihr Präsident. Ziemlich böse kann der in solchen Fällen werden, der Präsident, denn er ist sich und dem lieben Gott für diese Werte verantwortlich.

Bei der weiteren Durchleuchtung der Vergangenheit meines Vaters wird man das also gebührend berücksichtigen müssen. Als er 1947 endlich wieder im Dorf auftauchte, lebten meine Mutter und ich bereits in der nächsten deutschen Diktatur, was man allein daran erkennen kann, dass ich hier zur Schule gehen musste. Ob ich wollte oder nicht. Nun ging ich zwar nicht ungern dahin, zumal das Gebäude nur hinter unserem Garten lag, aber allein das Muss machts schließlich. Und eben solcher Zwang hielt an und hielt an und hielt an, und ihm war zwölf lange Schuljahre nicht zu entrinnen. Wie jenen anderen zwölf langen Jahren nicht – woraus mehrere Institute und viele weitere mit Geschichte und Politik befasste Leute ihr Totalitarismuskonzept legitimieren, was ja, wenn man es richtig betrachtet, auch sein muss.

Ein Herr

Helmut Bräuer

**Kinder des Systems**  
Oder: Wie man als geläuterter Bundesbürger (O) seine jungen Jahre zu sehen hat

Doktor Hubertus aus Unna, jetzt Berlin-Hohenschönhausen, ein Ober-Helfer zur rechten Zeit, hat es vielmals in Büchern und Reden betont, und was ein Herr Doktor von dort in Büchern und Reden betont, kann ja wohl nicht falsch sein. Auf diese Weise sorgen also verflossene Diktaturen heute für Arbeitsplätze – eine durchaus interessante und anregende Beobachtung, die erweiterungsfähig ist. Daher sollte man noch mehr solcher Institute fordern – einmal prinzipiell und zum anderen, weil die Bezahlung dort nicht dürftig zu sein scheint, wie beispielsweise aus dem öffentlichen Zank um die Höhe des Weihnachtsgeldes ganz beiläufig zu erfahren ist oder wenn wieder einmal Stiftungsmittel eingestritten werden. Und in den Har(t)z gehen die Mitarbeiter solcher Häuser allenfalls zur Urlaubszeit.

Aber zurück zum Eigentlichen. Der Alltag meiner Kinderzeit schlich grau, gequält und träge dahin. Monotonie und verordnete Einförmigkeit wucherten auf dessen Oberfläche und überzogen jegliches Leben mit Erstarrung, sibirischer Kälte und geistiger Lähmung. Damals kannte ich den Begriff „Tristesse“, der speziell zur Kennzeichnung der Ödnis hinter dem Eisernen Vorhang in tiefgreifender wissenschaftlicher Analyse gefunden wurde, natürlich noch nicht, doch instinktiv empfand ich die Dinge durchaus in dieser mir jetzt bewusst gemachten Weise, wenn wir einfalllos und tumb durchs Dorf jagten und mit einem Knüppelchen einen Reifen antrieben, uns gewissermaßen die Wut auf das Böse und die Langeweile aus dem Balg hetzten. Mein Freund, der auf den Spitznamen „Nickel“ hörte, besaß den besten und schnellsten Reifen, und wie er das Stöckchen handhabte, konnte ich nur bewundern. Flink war er außerdem, so dass ich mit meiner breiten Fahrradfelge nie als Erster ins Ziel kam. Aber ich störte mich nicht daran, und er prahlte nicht damit. Und da es auch sonst keinen Streit zwi-

schen uns gab, werden heute sicherlich rasch ein paar Fragen gestellt werden müssen, weil diese Kumpanei so ohne alle Differenzen nicht recht ins Bild passt. Sie macht misstrauisch, und auch mich befällt der leise Zweifel. Sollte hier wirklich Kinder-Harmonie...

Unglaublich. Ja – fast anstößig schon. Eine Akte dürfte sich doch schließlich noch finden lassen, wenn die Suche engagiert genug betrieben wird ...

Bei Nachbar Krieger war häufig ein junger Bursche zu Besuch, der mich mit Sirenenengesänge manchmal zum Forellengang überredete. Wir standen dann barfuß im eiskalten Wasser, und ich hatte Obacht auf Klempnermeister Fedrich zu geben, der sich in seiner Werkstatt zu schaffen machte. Der Bachabschnitt gehörte ihm, und es hätte eine stramme Portion Prügel gesetzt, wenn wir beim Fischen erwischt worden wären. Daher

nutzen lassen ... Die Großen würden das immer in der gleichen Weise tun ... Waren das nicht die ersten Versuche einer Erziehung, die sich auf Gleichmacherei richtete und den Sozialneid schürte?

Heute weiß ich natürlich, dass mein Mütterchen gewissermaßen altem Denken verhaftet war und muss erkennen, dass Eigentum ohne Abstriche des gesetzlichen Schutzes bedarf, dass schon in einem bedeutsamen Buch der Satz steht: Du sollst nicht in fremden Gewässern fischen! Und dass die Großen natürlich nicht allein die Stärkeren, sondern auch die Klügeren sind, die man zu achten und zu ehren und nicht mit Kritik oder gar Neid zu bedenken hat. Denn sie tragen

letztlich die Verantwortung. Und Verantwortung ist eine schwere Last. Das weiß man schließlich als nunmehr mündiger Bürger im Rechtsstaat von jedem Ackermann.

brauchte Rolf, so hieß der Junge, mich als Aufpasser und Warnrufgeber, denn es ist gewiss leicht einzusehen, dass ein Forellenjäger kein Auge auf den Klempnermeister werfen kann. Aber Rolf begnügte sich stets mit einem einzigen Fisch und bedeutete mir, die anderen Tiere seien nach einem solchen Fang sehr aufgeregt und ließen sich nicht mehr fassen, und ich müsse das doch einsehen. Dann sprang er aus dem kalten Bach und flitzte ins Haus seiner Verwandten, wo ihm die Tante die Forelle briet.

**So habe ich mir überlegt, dass es der lesenden Welt recht gut anstünde, auch meine Botschaften zu hören und aus meinem jungen Leben zu lernen. Europa, das vereinte natürlich, wird es mir zu danken wissen.**

**Natürlich will ich das, allerdings nicht auf diese simple Art. Man muss das schon geschickter verpacken – wie im Supermarkt bei Fleisch und anderen bekannten Sorten, wenn das Verfallsdatum des Produkts mit dem Kalender kollidiert, die kapitalistische Ethik also aus den Regalen stinkt.**

Ich malte mir aus, wie die ganze Sippschaft über eine große Platte gebratener Fische herfiel und es sich wohl sein ließ, wie sie schmatzten und zufrieden seufzten, immer wieder zulangten, sich die Finger leckten... und fast hätte ich den Klempnermeister übersehen, der aus der Werkstatt kam. Ich hatte Bach und Garten rasch genug verlassen, dabei aber meine Schuhe und Strümpfe erst vermisst, als ich zu Hause war. Im Schuppen wartete ich den Abend ab, um, wie ich hoffte, unbemerkt ins Haus zu kommen. Mein Mütterchen hieß mich, die Strümpfe anzuziehen und die Schuhe an ihren Platz zu stellen. Wie peinlich! Der Klempnermeister habe sie ihr herübergebracht und ihr dabei eine Geschichte erzählt. Und das Mütterchen meinte, ich solle mich doch nicht immer von den Großen aus-

Zum Fußballplatz brauchte ich nur über die Wiese des Bauern Sches-ter zu laufen. Fast jeden Tag verbrachte ich ein paar Stunden dort. Schwitzend traktierten wir den Stoffball, den Jürgens Mutter genäht hatte, bis eines Tages Roland, der kleinste unter uns, einen richtigen, springenden Ball unter dem Arm herbeitrug – aus Gummi und aus dem Westen, und der Junge, den vorher kaum einer beachtet hatte, zog nun ständig mit einem Schwarm Buben hinter sich durchs Dorf, und jedermann nannte ihn seinen Freund und wollte den Ball tragen.

Die Tore auf dem Fußballplatz hatten die Vereinsoberen in ihrem rückwärtigen Teil mit Brettern verschlagen lassen, weil der Maschendraht defekt war und Netze, wie es sich für jedes richtige Tor gehört hätte, nicht gekauft werden konnten, da es sie nur drüben gab, wo ohnehin alles und jedes zu erhalten war. Das will ich jetzt hier nicht einzeln aufzählen, denn die Segnungen sind ja nunmehr auch endlich über uns gekommen, und man kann ALDI selber marktfrisch besehen und bestaunen.

Damals aber rannten wir gewissermaßen durch unsere Armetei, doch es krachte zumindest ordentlich, wenn der Edgar einen abzog, Torwart Martin den Schuss passieren lassen musste und der Ball gegen die Bretter donnerte. Wir hatten also ein Torerlebnis, das sicht- und hörbar war und zudem nicht einen Groschen kostete. ...

Jedenfalls veranlasste ein solches lautes Ereignis die einen zum Jubeln und zauberte Jammer oder Wut auf die Gesichter der anderen Mannschaft. Und Hermann schlug meist noch mit einigen strammen, geradezu globalen Ausrufen unfair nach, unter denen „Ärsche“ und „Scheißer“ eigentlich die sanftesten waren.

Die anderen Redensarten aber sollen wegen der seelischen Empfindsamkeit der Leserinnen hier nicht wiederholt werden. Man hat ja schließlich etwas Bildung, zwar nur Ost-Abi, aber immerhin ...

Ein wenig später wurden wir von Herrn Dräbitz, unserem Trainer, wie er sich nannte, in eine Mannschaft gepresst, um an Wettkämpfen teilzunehmen. Wir hießen von nun an „die Knaben“, wurden in Einheits-Hemd und Einheits-Hose ge-

steckt, die man als Trikot bezeichnete, trugen ein Schild auf der Brust, auf dem „Fortschritt“ stand, und mittwochs hing in einem Schaukasten an der Turnhalle ein Zettel mit elf Namen in einer bestimmten Reihenfolge. Es waren diejenigen, die am darauffolgenden Sonntag zu spielen hatten. Hieran ist nun ganz eindeutig die Verflechtung von Diktatur und Ideologie zu erkennen: Herr Dräbitz, der bestimmt in der Partei war oder es hätte zumindest gewesen sein können, befahl, wer spielen durfte, welche Position derselbe einzunehmen hatte und welcher Anzahl „Knaben“ er mitzuspielen erlaubte. Er. Nur er allein. Typisch. Von Demokratie keine Spur. Immer war er stupide auf elf fixiert. Außerdem mussten wir für den Fortschritt spielen, und das war, wenn man es heute genau besieht, nur eine kaschierte Form von Kommunismus oder schlimmer. Gefragt wurden wir dabei nie. Ob wir beispielsweise mit sieben oder fünfzehn Buben hätten spielen wollen, interessierte Herrn Dräbitz nie – eben wie das bei Diktatoren üblich ist. Zu seiner Ehre allerdings muss man sagen, dass er niemanden geschlagen hat – was er in seiner Lage hätte leicht tun können. Ich bin da ganz konsequent objektiv. Nein, geschlagen hat er keinen. Das war freilich unserer Folgsamkeit geschuldet, mit der wir ihm keine Chance dazu gaben. Aber drangsaliert und aufgehetzt hat er uns, wir sollten uns unbedingt anstrengen, um zu siegen. Heute weiß ich, dass dies durchaus eine Form des Klassenkampfes gewesen ist: Als wir in der 3. Kreisklasse spielten, sollten wir uns bemühen, in die zweite Kreisklasse aufzusteigen, um dann die erste ins Visier zu nehmen. Reiner Klassenkampf also. Mit Kindern. Wirklich widerlich. Aber so waren die Zeiten damals.

Es fiel mir und anderen nicht einmal auf, ja wir rannten gar noch freiwillig nach Stollberg ins „Capitol“, um uns den Russenfilm „Der Mittelstürmer“ anzuschauen, kurvten dann wochenlang nachmittags mit dem Ball über den Sportplatz und bildeten uns ein, eben jener Junge zu sein, der dem Gegner die spielentscheidenden Dinger reingemacht hat, um es einmal etwas modern und salopp zu sagen. Eben wie man es jetzt im Westen sagt, wo gesagt wird, wie man etwas zu sagen hat, was gesagt werden soll.

Die Turnhosen trugen wir weit unten auf dem Bauch hängend, damit sie länger wirkten, und Hermanns Mutter nähte ihrem Buben noch einen Saum an die Beinteile, damit er mächtig mit seinen „Dynamo-Hosen“ prahlen konnte und sich den Neid der anderen einhandelte. Solche langen kurzen Hosen pflegten die Spieler von Dynamo Moskau zu tragen, und von daher kam der Name. Die ganze faule Sache war als Vorbild und Exempel gedacht. Aus der Sicht des gereiften Bundesbürgers, der den klaren und zeitgeschichtlich geschulten Blick besitzt – speziell im Forum in der Grimmischen Straße angeschärft –, muss betont werden: Es handelte sich um eine besonders hinterhältige Form von Kindermanipulation, die verabscheuungswürdiger eigentlich nicht sein konnte, weil sie den Spieltrieb der Buben für die üblen Ziele der sogenannten „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Völker der Sowjetunion“ ausnutzte, als ob Fußball etwas mit Kultur zu tun gehabt hätte. Bei den Völkern der Sowjetunion war ohnehin nicht von Kultur zu sprechen, denn die Russen wuschen bekanntlich als Besatzer in der Ostzone ihre Kartoffeln im WC-Becken und blieben dann nach dem Ziehen immer hungrig – eben kulturlos, wie ich schon sagte. Und auf diese Art und

Weise wurden wir brutal ins System gezerrt und um unsere Jugend betrogen.

**A**uch die häuslichen Zwänge und Pflichten, Bedrückungen und Bedrängnisse oder die Einsicht in die Notwendigkeit, wie es pseudo-philosophisch hieß, ließen mich kaum aus den Augen sehen und beschnitten meine jugendliche Freiheit, wo sie nur konnten. Wenn heute Diktatur und SED-Unrecht attackiert werden, um diese schauderhafte Nostalgiewelle abzuwehren, so geschieht das völlig berechtigt. Erstere, also die Diktatur, ist, wie die nachfolgenden Beispiele demonstrieren, ohnehin offenkundig. Und das spezielle Unrecht mit den drei Buchstaben, ist zwar nirgends exakt de-



finiert, hätte aber durchaus sein können, wären Mutter oder Vater Mitglied der bewussten Partei gewesen. Sie waren es nicht, doch der Verdacht ist damit nicht ausgeräumt. Verdacht bleibt immer. Wabert und zieht durchs Land, immer auf der Suche nach Opfern. Sie hätten es sein können! ... sein können ... sein können! Das ist das Wesentliche an der Sache. Und an das Wesentliche muss man sich halten. Denn: Wie leicht kann der Mensch ins Nebensächliche abgleiten und sagen, diese oder jene Sache habe ihm Spaß gemacht! So lenkt er bewusst von der gründlichen Aufarbeitung der Vergangenheit im Osten ab, weil er die Akzente in unzulässiger Weise verschiebt. Und das darf man einfach nicht dulden.

„Unrecht“ traf direkt zu. Und da ich selbst später, in den 1960er Jahren, dieser Partei beitrug, war das, was mir als jungem Burschen widerfuhr, nichts anderes als die völlig zu Recht vollzogene höhere Vorwegnahme meiner Bestrafung. Unter diesem Gesichtspunkt trage ich also die Last auch in Demut und Bereitwilligkeit, wie das der Rechtsstaat von mir fordert. Wo kämen wir hin, wenn man sich dagegen spreizen wollte!

Man soll zu seinen Fehlern stehen, koste es, was es wolle bzw. der Nachbar aus dem Westen oder dem Lager der Ost-Tüchtigen für billig ansieht! Dass Karthago zerstört werden muss, haben schon ganz andere Leute gefordert. Und die sind in die Weltgeschichte eingegangen. Na also!

**M**it der Mutter musste ich aus dem Wald Reisig holen, wenn sie wieder einen Erlaubnischein beim Förster „ergattert“ hatte, wie es bei uns hieß, und niemand kann die Angst und Not nachfühlen, die ich wegen des Stück Stangenholzes immer litt, das

„Armut“ genannt und auf dem Wagen tief unter die Reisigladung gesteckt wurde. Wenn uns hierbei jemand ertappt hätte ... Von anderen habe ich kürzlich gelesen, dass sie für solche Delikte in Bautzen gewesen seien, und ich bin glücklich, dass ich damals nicht wusste, was das bedeutete. Ehrlich! Erst die Auskünfte von Systemgegnern und Dissidenten haben mir die Augen geöffnet. Aber andererseits hätte ein solches Strafmandat eines Revierförsters für meine Mutter mich auch in die Lage versetzt, heute kräftiges Widerstehen nachzuweisen und einen Antrag bei der SED-Unrechtsbehörde zu stellen. Man nennt das wohl

duales System, wenn ich nicht irre. Und es ist gut, dass es ein solches System gibt, das

mit dem System abrechnet. Man darf da nicht zimperlich sein.

Das spätere Stöckeroden mit dem Vater war zwar politisch nicht so gefährlich, dafür aber körperlich noch anstrengender, und manchmal wurden die am Rand des Waldweges zum Abtransport aufgesetzten Wurzeln und Stuppen auch gestohlen, und alle Arbeit und Plage der vorausgegangenen Woche war um-

**... wären Mutter oder Vater Mitglied der bewussten Partei gewesen. Sie waren es nicht, doch der Verdacht ist damit nicht ausgeräumt. Verdacht bleibt immer. Wabert und zieht durchs Land, immer auf der Suche nach Opfern. Sie hätten es sein können! ... sein können ... sein können!**

sonst – nur weil keine rechte Ordnung im Lande herrschte, denn früher, beim Kaiser, wäre das bestimmt nicht passiert, sagte uns einmal ein alter Waldarbeiter, da habe noch Zucht und „Kommang“ geherrscht, nicht solche Luderei wie in der jetzigen Russenwirtschaft, wo jeder machen könne, was er wolle. Aber das ist auch wieder eine Verzerrung der Wirklichkeit und beschönigt das verruchte System. Denn keiner konnte machen, was er wollte, sondern nur das, was von denen oben erlaubt war. Und das war wenig genug. Besonders schlimm erging es mir, wenn ich in die Ladengeschäfte eingespannt und zum Markenkleben gezwungen wurde. Der Zwang war also allerorten und allgegenwärtig. Ich will das nur hier noch einmal erwähnt haben, weil es doch leicht in Vergessenheit gerät, wenn man älter wird – zumal wir jetzt die Freiheit haben und so vieles Vergangene verklärt sehen –

im diffus-goldigen Licht der verlorenen Jahre, das die Konturen und Widersprüche unscharf werden lässt und den Legenden Tür und Tor öffnet, so dass einige schon wieder von normalem Leben schwärzen und die Diktatur von AH und EH mit ungleicher Elle messen wollen. Nichts da! Diktatur ist nun einmal Diktatur.

**M**an muss wissen, dass es damals in der Mangelwirtschaft natürlich alles nur auf Marken gab, was es im Laden gab – falls es etwas gab, denn in der Regel gab es ja nichts. Trat aber einmal wirklich das Gegenteil ein, dann erfolgte ein sogenannter Aufruf, d. h., es wurde in einem Anschlag am Schwarzen Brett des Dorfes, das beim Gemeindeamt stand, mitgeteilt, dass für die kommende Dekade 70 Gramm Marmelade gekauft werden könnten. Dazu gingen die Leute mit ihren Lebensmittelkarten in das Kolonialwarengeschäft meines Großvaters, das jetzt Lebensmittelgeschäft hieß und legten diese Karten vor. Meine Mutter, die Verkäuferin, schnitt den aufgerufenen Abschnitt ab, von welcher Handlung derselbe seinen Namen hatte, und legte ihn in ein Kästchen. Von dort kam er am Wochenende auf den Stubentisch und damit in meine Hände, denn mir war befohlen und nachdrücklich eingeblutet worden, die sogenannten Marken mittels Mehlkleister auf halbierte Zeitungsseiten zu kleben. Saubere Reihen sollten es sein, und oben musste ein Rand erhalten bleiben, den die Mutter zum Notieren der Markensumme nutzen konnte.

Heute begreife ich den damals nur dumpf geahnten Unterschied zwischen West und Ost: Im Westen waren die Marken – etwa die der Auto-, Kleider-, Möbel-, Parfüm- oder Schuhbranche – gut fürs Renommee und den Absatz und den Gewinn, mir brachten die Marken nur Gewinn, nämlich mindestens vier bis fünf Hustenbonbons als Arbeitslohn. Das war der Unterschied bei den Marken, aber dennoch etwas Handfestes, und man konnte Bonbons auch gegen einen Apfel tauschen. Was hätte ich denn in meiner Lage beispielsweise mit einem BMW oder einem Liter 4711 oder einem Dutzend Damenschlupfern anfangen sollen? Kein Schwein hätte sich im Dorf unter meinen Freunden als Tauschpartner gefunden.

Aber eine harte Zeit war es auch in anderer Hinsicht. Während die übrigen Dorfbuben auf der Straße zum Räuber-und-Gendarm-Spiel ausrückten oder zum Bauern Mückler zogen, wo man durch ein Astloch im Hofort beobachten konnte, was alles geschah, wenn der Hengst aus dem Stall geführt wurde ... und solche Dinge mehr, wurde ich tyrannisch in der Stube am Markentisch festgehalten, bis ich alle Abschnitte aufgeklebt hatte. Und dann waren meist die Dorflustbarkeiten schon vorüber. Heute weiß ich, dass Unfreiheit die Mutter des Sozialismus war und daher halte ich es mit dem klaren, eindeutigen und seelisch aufbauenden Slogan: „Freiheit statt Sozialismus“, damit nie ein Kind mehr über den Marken weint!

\*

Die Kinder des Systems müssen über sich nachdenken, wenn sie über sich nachdenken. An dieser Grundregel kommt niemand vorbei. Tut das jemand gründlich und ehrlich, vor allem ehrlich, wie von ALLerhöchster Stelle zu Recht gefordert, wird er mit sozialer Kompetenz auch die richtigen Schlüsse ziehen. Nur dann können die Kinder des Systems Jammer und Elend ihrer Vergangenheit abschütteln und in der Freiheit ankommen. Will das etwa einer nicht?

In kaum einer anderen deutschen Stadt sind die Passionen Johann Sebastian Bachs in den Wochen vor Ostern so häufig zu erleben wie in Leipzig. Drei Aufführungen seien hier ob ihrer besonderen Bedeutung gewürdigt.

Thomaskantor Georg Christoph Biller führte die Thomaner und das Gewandhausorchester zu einer in allem sorgfältig ausgearbeiteten, vor allem aber tief bewegenden und ergreifenden Gestaltung der

### Von WERNER WOLF

Chöre und der Choräle der Matthäus-Passion in ihrer selten zu hörenden Frühfassung. Auch der Instrumentalpart der Rezitative und Arien erklang unter Billers Leitung beispielhaft kultiviert und ausdrucksstark im Sinne der historischen Aufführungspraxis. Er verband sich ideal mit der Sopranistin Ute Selbig, der Altistin Britta Schwarz (ein Höhepunkt beider Duett mit Chor „So ist mein Jesus nun gefangen“) und dem Bassisten Thomas Laske.

Mit Christoph Prégardien war für diese zugleich als Schallplattenaufnahme gedachte Aufführung ein Solist von Format gewonnen worden. Doch seine angegriffene Gesundheit bereitete ihm in der Aufführung am Gründonnerstag zunehmend Mühe, so dass am Karfreitag der

Tenor Maximilian Schmitt für ihn eingesetzt wurde. Leider wirkte auch Michael Schopper als Christus in der Stimmführung zumal in der Höhe nicht immer ausgeglichen. Schade. Da werden für eine CD Korrekturen erforderlich sein.

Erstmals dirigierte der Gewandhauschef Riccardo Chailly eine Bach-Passion in einem Anrechtskonzert, im vorgesehenen Wechsel mit den Thomanern diesmal die Johannes-Passion. Ohne die historische Aufführungspraxis außer Acht zu lassen, gestaltete er mit den Gewandhausmusikern und dem Gewandhaus-Kammerchor das Werk aus heutigen, aber durchaus traditionsverbundenen Klangvorstellungen mit den Erfahrungen des mitreißenden Opernkapellmeisters. Das schließt Verhaltenes und Zartes ebenso ein wie große dramatische Steigerungen. Bei der Auswahl der Solisten dürfte künftig mehr Wert auf ein in sich stimmiges Ensemble zu legen sein.

Erstmals dirigierte der neue Universitätsmusikdirektor David Timm mit dem Universitätschor und dem auf historischen Instrumenten musizierenden Pauliner Barockensemble. Auch er gestaltet Dramatisches und Zartes stark beeindruckend. Und er lässt erleben, wie mit

den anders klingenden Barockinstrumenten im Sinne Bachs intensiv musiziert werden kann. Im Unterschied zu Biller und Chailly gestaltete er die Choräle überzeugend ohne verzögernde Fermaten.

### Daniel Druskat zum 75.

(17. April 1931)



Als kleiner Junge wollte HILMAR THATE Weihnachtsmann oder lieber Gott werden. Aber schon in der Schule beobachtete er, zunächst heimlich, die Theatergruppe, um sich mit 16 an der Staatlichen Schauspielschule in Halle zu bewerben. Es begann eine der interessantesten Film-, Fernseh- und Theaterkarrieren. Möge sich jeder an seinen Thate erinnern.

### Ich bin meine eigene Frau ...

Charlotte von Mahlsdorf (alias Lothar Berfelde, 1928-2002), Schwulenikone und Transvestit, wurde nach Praunheims bekanntem Film nun Mittelpunkt einer Theaterinszenierung. Jetzt uraufgeführt in der Neuen Szene. Regisseur Ralph Reichel versucht dem Text Struktur zu geben, Ironie und gleichzeitig Schwermut in dieses auch tragische Außenseiterleben zu bringen. Aber: Es entstehen leider mehr Fragen als Antworten. Klarheiten gibt es in diesem skurrilen Kammerstück nicht, kann es vielleicht in so einem extremen Leben letztlich auch nicht geben. Was bleibt, ist Ratlosigkeit.

Michael Schrodt als Charlotte spielt die Schaumgeborene - die auf einer Riesenschale (Ausstattung: ÄNN) zwischen Venus und Mars hin- und hergerissen wird - fast bis zur Erschöpfung.

• D. M.



Foto: Repro Mdbk Leipzig/Arttothek

Ach, nur in Schwarz-Weiß! So Araunte auch in Leipzig das Publikum als es die ersten Bilder des neuen amerikanischen Kinostücks „Good Night, and Good Luck“ sieht. Konsequenz passt sich der Regisseur George Clooney damit den Grautönen der damaligen Fernsehbilder an. Schwarz-Weiß, das war ja auch die Anfangszeit des Fernsehens. Ohne große Verrenkungen ist somit der Zuschauer auch optisch mittendrin in den Vorgängen, als in den 50er Jahren Senator McCarthy seine berüchtigte Hexenjagd auf Kommunisten anzettelte. Angeblich sollten damals 200 dieser Verdammungswürdigen und Verdächtigen die amerikanische Regierung infiltriert haben.

Mit diesem Film belegt übrigens George Clooney, wie dumm und oberflächlich die heutigen Boulevardmagazine aller bundesdeutschen Fernsehkanäle sind, indem sie sich ständig auf die Äußerlichkeiten dieses Traummannes (?) kaprizieren. „Gute Nacht und viel Glück!“ Das war die übrigens die Verabschiedungsfloskel des legendären amerikanischen CBS-Fernsehmoderators Edward Murrow, der 1956 Mc Carthys Methoden in seinen Sendungen thematisierte und somit wesentlichen An-

## FF dabei DER FILM- UND FERNSEH-LINK

### Rote Gefahr

Von MICHAEL ZOCK

teil am Sturz des Kommunistenjähgers hatte. George Clooney zeichnet für die geschliffenen Dialoge und für die Regie verantwortlich. Eine wichtige Nebenrolle fiel dabei auch noch ab. Dafür ging dieser so engagierte politische USA-Filmrückblick bei der diesjährigen OSCAR-Verleihung leer aus. (Nur ein Zufall?)

In diesem Film wird geraucht, dass einem Nichtraucher wie mir fast übel wird. Hinter der Kamera und sogar vor der Kamera. Oft aus Sucht-, manchmal aus werbestrategischen Gründen. Ja, vor 50 Jahren war eben manches anders. Auffällig auch der Einheitslook der CBS-Nachrichtenmacher: Weisses Hemd, dunkle

Krawatte, gescheitete Frisur. Die eineinhalb Filmstunden wirken stellenweise streng dokumentarisch und geben einen faszinierenden Einblick in journalistische Fragestellungen und Ethik

Der leibhaftige Senator Joseph Raymond McCarthy wird in dokumentaren Sequenzen eingeblendet. Da stört dann allerdings doch etwas die übliche deutsche Synchronisation.

Schauprozesse und Bangemachen gehörten damals zu den Ritualen der Aufdeckung so genannter „unamerikanischer Umtriebe“. Das Aufspüren angeblicher Verfassungsfeinde im öffentlichen Leben entartete bekanntermaßen zu einer reaktionären Hatz. Namenlose und Namhafte wurden somit aus dem Land getrieben. Auch Chaplin geriet ins Visier. Der berüchtigte Senator starb übrigens 1957. Zuvor kam er durch eine Bestechungsaffäre ins Gerede, wurde von seinen Aufgaben entbunden und der Ausschuss aufgelöst. Wen hatte er da nicht schon alles auf dem Gewissen. Das ist jedoch schon nicht mehr das Thema dieses spannenden und stilsicheren schwarzweißen Films über die „Rote Gefahr“.

### FOTOGRAF ROGER RÖSSING

verstarb am 10. April mit 77 Jahren in seiner Leipziger Wohnung. 1945 überlebte er das Inferno in der Geburtsstadt Dresden. 1946 ging er nach Leipzig, um an der Hochschule für Grafik und Buchkunst ein Studium der Fotografie zu beginnen. Bis 1996 veröffentlichte Roger Rössing über 90 Bücher. Er wirkte an zahlreichen Ausstellungen im In- und Ausland mit. Meist gemeinsam mit seiner bereits im Vorjahr verstorbenen Frau Renate. Beide galten als subtile Alltagsbeobachter. Vor wenigen Tagen erschien Rössings nunmehr letzter Band: „Menschen in der Stadt. Fotografien 1946-1989“ im Lehmanns Verlag. Legendär auch der gemeinsam mit Ehefrau Renate und Wolfgang U. Schütte gestaltete Fotoband: LEIPZIG IN FARBE.



### Künstlerfamilie Tischbein

Es darf als kleine Sensation bezeichnet werden, dass das Städelsche Kunstinstitut Frankfurt am Main es ermöglicht hat, Johann Heinrich Wilhelm Tischbeins berühmtestes Werk, „Goethe in der Campagna“ (1786/87), ausnahmsweise auch außerhalb der Main-Metropole zu präsentieren. Anlass ist eine umfangreiche Ausstellung, in der die drei wichtigsten Maler der Familie Tischbein vereint werden. Johann Heinrich d. Ä. (1722-1789), der „Kasseler Tischbein“, Hofmaler und Professor der 1777 in Kassel gegründeten Akademie, Johann Friedrich August (1750-1812), der „Leipziger Tischbein“, Direktor der Akademie in Leipzig und schließlich Johann Heinrich Wilhelm (1751-1829), der „Goethe-Tischbein“, der seinen Namen dem berühmten Goethe-Porträt verdankt.

„3xTischbein“ bis 5. Juni 2006, Museum der bildenden Künste Leipzig, Katharinenstr. 10, Di. u. Do.-So., Feiertage 10-18 Uhr, Mi. 12-20 Uhr; Ausstellungskatalog: 27,90 Euro

Die kommende Generation wird von der Vergangenheit nur das wissen, was wir ihr sagen werden. Sie wird die Lehrzeit von A bis Z wiederbeginnen.

ELSA TRIOLET  
(Majakowskis Schwägerin)

## Schwarzbuch imperialistischer Verbrechen

Das Parlament (8-9/2006) überschrieb die Besprechung zu diesem Buch „Ein Schwarzbuch der Verbrechen westlicher Staaten“. Der Rezensent erinnert damit an das berühmte „Schwarzbuch des Kommunismus“, mit dem Courtois und andere (aus Deutschland die Pfarrer und Neuhistoriker Gauck und Neubert) die Idee und Realität des Sozialismus verteufeln und für alle Zeiten ächten wollten. Ist das von Adam Jones herausgegebene Buch das Pendant dazu in umgekehrter Richtung?

Es enthält 22 Texte und Dokumente unterschiedlicher Bedeutung und Qualität. Der Themenkreis reicht zeitlich vom Völkermord der deutschen Kolonialsoldateska an den Hereros bis zu den Kriegsverbrechen der USA und ihrer Komplizen in Afghanistan und Irak.

Was vereint Autoren unterschiedlicher politischer Anschauung und Handschrift? Sie alle

listen Völkermord und Kriegsverbrechen auf, die der „Westen“ begangen hat. Indessen: Der Begriff „Westen“ ist unscharf und mehrdeutig. Gehören Deutschland und Japan dazu? Eine Studie zum faschistischen Holocaust und zu den Verbrechen Japans im zweiten Weltkrieg fehlt, das „angloamerikanische Bombardement deutscher Städte“ wird (von Eric Langenbacher) verurteilt.

Trotz der Lücken ist es verdienstvoll, an Vorgänge wie den Kolonialkrieg Frankreichs in Algerien oder die Rolle der USA bei den Verbrechen Pinochets in Chile oder die Hintergründe des Völkermords in Ruanda zu erinnern.

Ungeachtet der unterschiedlichen Schauplätze und Zeitpunkte der Ereignisse und der weißen Flecken in den Recherchen beweisen die Verfasser:

– In der Politik „westlicher“ Staaten gibt es eine Tradition des staatlichen Terrors und der



Kriegsverbrechen.

– Die USA sind „Haupttäter“. Brian Willson, Vietnam-Kriegsveteran, resümiert in seiner Studie: „Eine ehrliche Betrachtung der Geschichte der Vereinigten Staaten zeigt leider, dass gewaltsame Interventionen wie die in Vietnam keine Ausreiter sind.“ Er stellt fest, dass die USA 400 mal in über 100

Staaten intervenierten, „um unsere Kontrolle über Rohstoffvorkommen und Märkte weltweit auszubauen“.

– Der „Westen“ praktiziert gegenüber diesen Verbrechen und den für sie Verantwortlichen eine „Kultur der Straflosigkeit“. Seine Gräueltaten werden von den Medien meist verschwiegen, verniedlicht, ignoriert oder

gerechtfertigt.

In der Beweiskraft der Fakten und der prinzipiellen Verurteilung der Verbrechen des „Westens“ liegt die Stärke und der Nutzen des Buches.

Eine Schwäche liegt darin, dass die meisten Autoren kaum oder ungenügend der Frage nachgehen, wo die tieferen Ursachen für Krieg und Völkermord liegen. Für sie erscheinen die Verbrechen als eine Art Fehler und Panne in einem ansonsten intakten demokratischen System. Sie empfehlen als Therapie die Rückkehr zur „Kultur des Rechts“.

Aber die vorgelegten Fakten, insbesondere zur USA-Politik unter Bush, beweisen, dass das Völkerrecht und das UNO-System von den selben imperialistischen Politikern pervertiert werden, die Krieg und Genozid zu verantworten haben. Dieser Politik liegen nicht „christlich-abendländische Werte“ zugrunde (auf die sich schon Hitler berufen hat), sondern imperialistische Interessen. Die Bush und Co. wiederholen nicht „Fehler“ der Vergangenheit, die vermeidbar wären, sondern sie praktizieren eine Politik, die im imperialistischen System wurzelt.

• HORST SCHNEIDER, DRESDEN

Adam Jones (Hrsg.): *Völkermord, Kriegsverbrechen und der Westen* Parthas Verlag, Berlin 2005; 534 S., 38 Euro

## Die Wende – kein Produkt der „Gunst der Stunde“

Der Autor des vorliegenden Buches polemisiert gegen die offizielle Lesart vom „überraschenden Zusammenbruch der DDR“, von der „Gunst der Stunde“, die Helmut Kohl nutzte, um die „Wiedervereinigung“ durchzusetzen. Er weist nach, dass, neben den bekannten inneren Ursachen der „Wende“, dieses Ereignis das Resultat langjähriger konspirativer Verhandlungen und geheimdienstlich gesteuerte Aktionen zwischen West und Ost war.

Gestützt auf Interviews mit DDR- und BRD-Politikern, sowie Zeitzeugen, auf Berichte und Dokumente, entsteht ein brisantes Mosaik der Geheimdiplomatie, Geheimdienstaktionen und Reformbemühungen, die eng miteinander verflochten waren. So fanden seit

den frühen 80er Jahren Verhandlungen zwischen beiden deutschen Staaten über Varianten einer Konföderationslösung statt, die Kohl bis Ende 1989 favorisierte. Ostern 1987 unterbreitete Gorbatschow dem Bundeskanzler das Angebot, die DDR aus dem Warschauer Pakt zu entlassen. „Die beiden deutschen Staaten könnten sich arrangieren, wie sie es für richtig befinden.“ Es gab hohe Kredite an die UdSSR und Ungarn für Zugeständnisse und Aktionen zur Lösung der deutschen Frage. CIA und KGB unterhielten die gemeinsame Denkfabrik „Swesda“ im Sinne des sogenannten „neuen Denkens“. Der KGB installierte in der DDR die Spezialgruppe „Lutsch“, um Perestrojka-Bestrebungen zu fördern.

Erst unter dem starken Druck

von US-Präsident Bush (sen.) und des im April 1989 neuernannten US-Botschafters in Bonn, A. Walters, eines hochkarätigen CIA-Mannes, nahm Kohl allmählich Kurs auf den Anschluss der DDR an die BRD. Der Autor resümiert: „Die Wende ... war weder ein Zufallsprodukt noch die Sache des Volkes, sondern Resultat einer konsequenten und lang angelegten Politik.“

Für alle, die sich für die Ereignisse von 1989/90 und danach interessieren, ist das Buch eine Fundgrube.

• GÜNTER HARTMANN

Ferdinand Kroh: *Wendemanöver Die geheimen Wege zur Wiedervereinigung*. Carl Hanser Verlag, München/Wien 2005. 343 S., 19,90 Euro

## Private Militärfirmen boomen

Seit eineinhalb Jahrzehnten gibt es „nichtstaatliche bewaffnete Gruppen“ – bekannt als „Private Militärfirmen (PMF)“, die eigene politische Ambitionen haben. 400 dieser Unternehmen waren 2003 in nahezu 90 Ländern, vor allem in Afrika, tätig. Heute sind es inzwischen 2000 private Militärfirmen, die über 1,5 Millionen „Angestellte“ auf fünf Kontinenten verfügen. Die Privat-Soldaten kommen nach der weltweiten Reduzierung der Streitkräfte meist aus Osteuropa, wo in den letzten Jahren über 7 Millionen gut ausgebildete und spezialisierte Soldaten arbeitslos wurden.

Uesslerer kommt nach zehn Jahren Recherchen zu dem Schluss, dass dieses Phänomen die demokratischen Strukturen der westlichen Welt gefährdet. Er warnt vor den Gefahren, die mit der schleichenden Privatisierung des Krieges und militärischen

Interventionen einhergehen: die Aushebelung des Völkerrechts, die Unterhöhnung des staatlichen Gewaltmonopols und das Entstehen eines rechtsfreien Raumes für Gewaltakteure. Allein im Irak sind z. Z. 30.000 solcher Privat-Soldaten im Einsatz. Finanziert werden die PMF, die keiner parlamentarischen Kontrolle unterliegen und deren Jahresumsatz 2005 bereits über 200 Mrd. Dollar – andere sprechen von Euro – betrug, vor allem durch die USA, Großbritannien und deren großen Monopolunternehmen. Auch in der Bundesrepublik sind fast alle großen privaten Militärfirmen mit Zweigniederlassungen tätig.

• FRANZ-KARL HITZE

Rolf Uesslerer: *Krieg als Dienstleistung. Private Militärfirmen zerstören die Demokratie*. Ch. Links Verlag, Berlin 2006. 240 S., zahlr. Abb., 14,90 Euro

Rechtzeitig vor den Parlamentswahlen im April in Italien ist auch in Deutschland die Fleißarbeit des Autorenteam Udo Gümpel und Ferruccio Pinotti zu Silvio Berlusconi erschienen. Für die Autoren ist der Aufstieg zum italienischen Ministerpräsidenten die Karriere eines genialen Trickspielers. Das Buch beruht auf der Basis jahrelanger Recherchen über Berlusconis Werdegang, seine Freunde und sein internationales Firmengeflecht. Ebenso über seinen Gönner, den Vorsitzenden der Sozialdemokraten Bettino Craxi, der seiner

## Berlusconi nur ein Zampano?

Verurteilung 1994 durch Flucht nach Tunesien zuvorkam. Thema sind auch die Verbindungen zur Cosa Nostra und zur Geheimloge P2. Eines der Kapitel ist Berlusconis rätselhafter Vermögensbildung gewidmet, ein weiteres seiner finanziellen Beziehungen in den Nahen Osten.

Geschickte Anwälte schaffen es regelmäßig, gerichtliche Auseinandersetzungen auf gut sieben Jahre hinauszuzögern.

Schon interessant, schließlich hat es Berlusconi mit seiner Rechtsreform vom November 2005 geschafft, die Verjährungsfristen für die meisten der in Betracht kommenden Verbrechen von zuvor fünfzehn auf sieben Jahre herabzusetzen. Das FORBES MAGAZIN schätzt das Privatvermögen Berlusconis auf 12 Milliarden Euro, damit ist er einer der fünfzig Reichsten der Welt. Seine Mediengruppe Mediaset kontrolliert direkt oder

indirekt 70 Prozent der italienischen Medien.

Nicht von ungefähr nennt der Literatur-Nobelpreisträger Dario Fo den braven Katholiken Silvio Berlusconi als „...das größte Unglück Italiens seit Mussolini“. Und das wird vom Autorenduo auf 600 Seiten belegt.

• KARL-HEINZ WALLOCH

Udo Gümpel/ Ferruccio Pinotti: *Berlusconi Zampano*. Riemann Verlag, München 2006. 600 Seiten, 19,95 Euro

## KALENDERBLATT

Vor 100 Jahren geboren

### Wolfgang Abendroth

Am 2. Mai 1906 als Sohn einer sozialdemokratischen Lehrerfamilie geboren, verkörpert der politische Lebensweg Wolfgang Abendroths einen Großteil der Geschichte des demokratischen Sozialismus in Deutschland. Zunächst Mitglied des kommunistischen Jugendverbandes, trat er der KPD bei, aus der er 1928 mit Brandler, Thalheimer und anderen ausgeschlossen wird. Er schließt sich der KPD(Opposition) und später der Gruppe „Neu Beginnen“ an und grenzt sich, an der Faschismus-Analyse Thalheimers orientiert, von der gegen die SPD gerichteten „Sozialfaschismus“-Theorie der KPD ab.

1933 wird er aus dem Referendariat entlassen – er hatte Jura studiert – und beginnt illegal zu arbeiten. 1937 wird er wegen Hochverrat zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt und nach Haftende in das „Strafbataillon 999“ eingezogen, aus dem er 1944 desertieren kann.

Nach der Entlassung aus englischer Gefangenschaft tritt er im Dezember 1946 in Berlin der SPD bei. Während seiner zweijährigen Tätigkeit in der SBZ – er hatte in Jena eine Professur für Staatsrecht erhalten – vermeidet er es, der SED beizutreten. Er versteht sich als unabhängiger Marxist, der sich kritisch mit Lenin auseinandergesetzt hat und den Terror Stalins verabscheut. Für ihn sind Sozialismus und Demokratie eine untrennbare Einheit 1949 verlässt er die SBZ und erklärt, dass sein Weggang „keine Ablehnung der Grundgedanken der Oktoberrevolution und des Sozialismus enthält, für die ich stets eingetreten bin und weiter ebenso entschieden eintreten werde“.

Zunächst als Rektor der Hochschule für Arbeit, Politik und Wirtschaft in Wilhelmshaven tätig, wird er 1951 auf den Lehrstuhl für Politische Wissenschaft in Marburg berufen. Sein Lehrkonzept ist auf die Demokratisierung der politischen Institutionen und aller wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Bereiche der Gesellschaft gerichtet. Seit den 70er Jahren spricht man von der Abendroth- oder der Marburger Schule.

Obwohl Mitglied der Programmkommission der SPD, wird er 1961 aus der Partei ausgeschlossen, nachdem er 1959 einen auf marxistischer Analyse beruhenden Gegenentwurf zum Godesberger Programm verfasst und einen Förderverein für den aus der SPD ausgeschlossenen „Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS)“ gegründet hatte. Er engagierte sich in den Auseinandersetzungen mit dem „Radikalen-Erlass“ sowie in der Friedensbewegung. Nach seiner Emeritierung 1972 zieht er nach Frankfurt (Main) und beginnt eine zehnjährige Lehrtätigkeit an der Akademie der Arbeit.

Am 15. September 1985 stirbt Wolfgang Abendroth in Frankfurt. Seine Schriften zur Theorie und Geschichte der Arbeiterbewegung sind noch heute aktuell.

• KURT SCHNEIDER

Vor sechzig Jahren: Gründung der SED

# „Zwangvereinigung“ oder Vermächtnis?

Die Fusion von PDS und WASG tritt in diesen Wochen in ihre entscheidende Phase, und manche Erkenntnis und Erfahrung aus dem Prozess der Vereinigung von KPD und SPD vor sechzig Jahren (oder dem Zusammenschluss der „Eisenacher“ und „Lassalleaner“ vor 120 Jahren) könnte nützlich sein. Das betrifft u. a. solche Fragen: Was zwingt Linke zur Einheit? Ist die Erfahrung „vereint sind wir stärker“ ein ausreichendes Motiv für die Einheit oder wenig-

Von **HORST SCHNEIDER**

stens für die zeitweilige und situationsbedingte Aktionseinheit? Wie gestalten die Beteiligten den Fusionsprozess? Welches Verhältnis haben politisches Ziel und gangbarer Weg? Welche Bedeutung hat die Fusion in der gegebenen politischen Situation?

## Geschichtliche Erfahrungen wurden zum Zwang

Die Vereinigung der SPD und KPD 1946 fand unter einmaligen und unwiederholbaren Bedingungen statt. Die entscheidende Frage für die 1945 politisch handelnden Linken war:

Was ist zu tun, um Krieg und Faschismus künftig auszuschließen? Anders gefragt: Was hat die Hitlerdiktatur ermöglicht? Neben der Erkenntnis, dass die Naziherrschaft ein Kind des Bank- und Monopolkapitals ist (die auch Eingang ins Potsdamer Abkommen und das Nürnberger Urteil fand), gab es die Erfahrung: Die Spaltung der Arbeiterbewegung vor 1933 hat den Vormarsch des Faschismus erleichtert/ermöglicht. Die Forderung, die Arbeitereinheit herzustellen, war auch in der SPD eine Dominante. Selbst das Wort „Zwang“ war da nicht negativ besetzt. Jeder kann im Prager Manifest des Emigrationsvorstandes der SPD vom 28. Januar 1934, das auch die Unterschrift Willy Brandts trug, nachlesen: „Die Differenzen in der Arbeiterbewegung werden vom Gegner selbst ausgelöscht. Die Gründe der Spaltung werden nichtig. Der Kampf kann nicht anders als revolutionär geführt werden. Ob Sozialdemokrat, ob Kommunist, ob Anhänger der zahlreichen Splittergruppen, der Feind der Diktatur wird im Kampf durch die Bedingungen des Kampfes selbst der gleiche sozialistische Revolutionär. Die Einigung der Arbeiterklasse wird zum Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt.“

Der Sozialdemokrat Otto Buchwitz, dem vorgeworfen wurde, er habe sich dem Druck der Kommunisten und der sowjetischen Offiziere gebeugt, hat sich zu diesem Zwang oft bekannt. Eine seiner Antworten lautete: „Es wurde von der reaktionären Presse in Berlin und im Westen oft gesagt, die Vereinigung bei uns erfolge unter einem gewissen Druck. Ja gewiss stehen wir unter einem Druck. Wir stehen unter dem Druck der Lebenswirklichkeiten, der Notwendigkeiten des deutschen Volkes. Das ist der Druck! Ich sage Ihnen: Unter Druck würde ich mich nicht stellen lassen. Habe ich zwölf Jahre Hitler getrotzt, so lasse ich mich auch jetzt nicht unter Druck setzen. Ich gehe mit klarster Aufgeschlossenheit an die Einigung heran und bin stolz darauf, dass wir sie vollenden können.“

In Sachsen erfolgte die Vereinigung von

SPD und KPD zur SED, nachdem getrennte Parteitage der Vereinigung zugestimmt hatten, am 7. April 1946 im Kurhaus Bühlau. (Ein Denkmal, das an das historische Ereignis erinnert hatte, ist nach 1990 entfernt worden.)

In der Erklärung des Vereinigungsparteitages in Sachsen hieß es: „Der Parteitag ist sich voll und bewusst, dass diese Einheit nicht nur eine wirtschaftliche und politische

– Die Überwindung der Reste des Faschismus und seiner Ideologie.

– Der Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Republik und einer entsprechenden Verwaltung.

– Die Schaffung des Blocks demokratischer Parteien.

– Die Durchführung der Bodenreform.

– Maßnahmen zur Inangangsetzung des zivilen und kulturellen Lebens.

– Die Gründung der Volkssolidarität.



Wilhelm Pieck (l.) und Otto Grotewohl bei ihrem legendären Händedruck.  
Foto: LN-Archiv

Im Dresdner Aufruf vom 19. November 1945 hieß es: „Das Ziel soll sein: Über brüderliche Zusammenarbeit zur Einheit gelangen.“ Wer die Protokolle der „Aktionsgemeinschaft SPD-KPD in München“ liest, wird im Hinblick auf die Zielstellung kaum Unterschiede feststellen. Das hindert die staatstragende Geschichtsschreibung und einige Renegaten nicht, die These von der „Zwangvereinigung“ zu kolportieren. Das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung hat mehrere Arbeiten wie „Die Partei der Diktaturdurchsetzung“ und „Diktaturdurchsetzung in Sachsen“ veröffentlicht, die dem Zweck dienen, die SED als „totalitäre“ Partei zu verleumden, ihr Wirken nachträglich zu verteufeln.

Wenn es denn Zwang im physischen Sinne gewesen wäre, hätte die SPD 1990 die „Zwangvereinigen“ von 1946 mühelos zurückgewinnen müssen. War das so?

## Die Arbeitereinheit ermöglichte die politische Alternative

Die Gründung der SED war kein Selbstzweck. Sie war die wichtigste Bedingung dafür, dass eine politische, ökonomische und ideologische Alternative zur imperialistischen Gesellschaftsordnung, die auch im Ahlener Programm der CDU und Erklärungen der SPD verurteilt worden war, durchgesetzt werden konnte.

Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung wird in der bürgerlichen Geschichtsschreibung meist als „Sowjetisierung“ und „Diktaturdurchsetzung“ verleumdet. Interessant dabei ist, dass die ersten, die diese These propagierten, Leute sind, die nach 1945 zunächst selbst führend dabei waren: Erich Gniffke, Gustav Dahrendorf, Wolfgang Leonhard, Carola Stern. Erich Gniffke hat auf dem Vereinigungsparteitag im April 1946 erklärt: „Für mich ist es unverstündlich, wie aus einem grundsätzlichen Bejaher der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in wenigen Monaten ein Verneiner oder ein Kritiker werden kann.“

Inzwischen ist so viel über die Biographien der Genannten bekannt, dass wir bei manchem „Verneiner“ die Gründe kennen, aber das macht die Sache nicht sympathischer und die Behauptung von der „Zwangvereinigung“ nicht wahrer.

Die Entwicklung im Westen bewies, dass die Fortsetzung der Spaltung und die ideologische Dominanz des Antikommunismus den Fortbestand des Kapitalismus ermöglichten. Die Folgen (nicht nur) für die Linken sind noch heute zu tragen.

Notwendigkeit für das gesamte schaffende Volk, sondern auch von entscheidender nationaler Bedeutung ist.“

Ob sich jeder Delegierte dessen bewusst war, ist hier nicht zu fragen, aber jeder wusste: Nur die geeinte Arbeiterklasse konnte einen Neubeginn für Deutschland anstreben. Diese Erkenntnis galt auch für die westdeutsche Arbeiterbewegung, wie Dokumente beweisen.

Wer die Spaltung der Arbeiterklasse betrieb und den Antikommunismus propagierte, konnte zwar den Sozialismus zur „Tagesaufgabe“ erklären, stand aber objektiv an der Seite derer, die den Imperialismus restaurierten.

## Arbeitereinheit und antifaschistisch-demokratische Umwälzung

Wolfgang Leonhard, einer von denen, die nach 1945 in der „Gruppe Ulbricht“ die Einheit der Arbeiterbewegung vorbereiten half, die er später als Renegat wahrheitswidrig als „Zwangvereinigung“ verleumdete, kolportiert seit Jahr und Tag einen Satz, den er aus Ulbrichts Mund gehört haben will: „Aber es muss demokratisch aussehen.“ Indessen: Was da in der sowjetischen Zone vor sich ging, sah nicht nur demokratisch aus, sondern war in Inhalt und Form ein demokratischer Prozess. Die Herstellung der Arbeitereinheit erfolgte von unten nach oben. In Dresden fand das erste Zusammentreffen von jeweils fünf Kommunisten und Sozialdemokraten am 3. Juli 1945 statt (in München am 11. Juli). Beide Seiten – in Dresden wie in München – hielten angesichts der bitteren Erfahrungen und der Situation die Aktionseinheit für unabdingbar. Folgende Aufgaben sollten gemeinsam gelöst werden: – Die Inangangsetzung der Produktion und des Verkehrs.



Von  
**KLAUS  
HUHN**

Wir leben – Gott sei's gedankt, oder? – in einem reibungslos funktionierenden Rechtsstaat, in dem die Demokratie perfekt funktioniert, in dem die an der Spitze des Landes amtierenden Frauen und Männer keine Sorge um ihre Zukunft haben müssen, weil ein Abgeordneter schon mit 57 in Rente gehen kann – dass die wenigen übrigen sich erst mit 67 anmelden können, ist hinlänglich bekannt. Und wenn einer der „Großen“ wirklich seinen Job verliert, muss er sich nicht auf einen der oft harten Arbeitsamtsstühle setzen und warten, bis er aufgerufen wird. Er findet in der Regel ein Angebot in seiner Post, Boss einer Pipeline-gesellschaft zu werden. Nein, ich will nicht abschweifen, schon deshalb nicht, weil Wichtigeres ansteht – ich korrigiere – Wichtigstes.

Sie haben es auf Anhieb erraten: Die Fußballweltmeisterschaft! Und da zeigten sie mir im Fernsehen eifrig Feuerwehrlaute aus Schwarzenbek, die auf ihren Hof ein blaues Tor montiert hatten. (Irgendeiner hatte irgendwo die Losung ausgegeben: blue goal, was in der Sprache des Landes, in der diese Fußballweltmeisterschaft stattfindet, so viel wie „blaues Tor“ heißt.) Also hantierten die Feuerwehrlaute in ihrer Freizeit WM-begeistert an einem solchen blauen Tor und wurden dann von einem Mann, den ich auch nur im Fernsehen sah und deshalb respektlos „Lackaffe“ nenne, belehrt, dass dieses Tor ein Urheberrecht verletzt und demzufolge hohe Strafe kosten kann. Also wird man sich möglicherweise vor Gericht wiedersehen, denn

Fußballbegeisterung bis hin zu der Begeisterung für die WM unterliegt nicht nur Gemütsbefindungen, sondern eben auch dem Urheberrecht. In dem Augenblick, als ich die Gesichter der Feuerwehrlaute von Schwarzenbek auf dem TV-Schirm sah, wusste ich endgültig: Diese WM ist – abgesehen davon, dass auch einige Fußballspiele stattfinden – ein Millionengeschäft und verdienen werden daran viele, die noch nie im Leben einen Fußball in eine bestimmte Richtung zu treten versuchten, ganz zu schweigen davon, dass es sie einen Dreck interessiert, wohin der Ball fliegt. Für sie ist das Tor das Konto! Und wer immer sich während der WM für einen gelungenen Pass oder eine hinreißende Torwartparade begeistert, sollte nicht

Klugmäuler mit den Amtmann-Wichtig-Mienen vor den Fernsehkameras schwören würden, Jens Lehmann wäre die bessere Wahl gewesen. Hätte Oliver Kahn einen Supertag, würde das Gegenteil ebenso hartnäckig beschworen.

Am Rande bemerkt: Es geht um Sport und diese Branche unseres Lebens kennt keine verlässlichen Werte. Ein Sprinter erwischt in der Leichtathletik einen Superstart und gewinnt die olympische Goldmedaille, eine Woche später verpennt er den Start und wird nur Vierter. Er behält die Goldmedaille und die schon erwähnten Mikrofon-Krakeeler finden tausend Erklärungen dafür, warum das so war und so ist.

Noch einmal: LEIPZIGS NEUE wird vielleicht die einzige deutsche Zeitung sein, die sich an dem Streit Kahn oder Lehmann nicht beteiligt. Sie gestattet sich nur die Frage: Was wäre wohl geschehen, wenn Klinsmann 48 Stunden vor dem ersten WM-Spiel die beiden Torwarte hinter verriegelten Toren getestet und sich anschließend eine halbe Stunde die bei diesem Test gedrehten Video-

Aufnahmen angesehen und danach mitgeteilt hätte: Im ersten Spiel hütet X das Tor. Was passiert zum Beispiel, wenn Lehmann sich morgen eine Knieverletzung zuzieht – was wir ihm um keinen Preis wünschen wollen? Dann muss Klinsmann mitteilen: Ich stelle Nummer 2 ins Tor? Ich würde darauf verzichten, die Kommentare zu lesen. Und Klinsmann täte mir – kaum vorstellbar – sogar ein wenig leid.

Bleibe die Frage: Warum zum Henker, können wir nicht eine Weltmeisterschaft arrangieren, bei der nicht Millionen an Urheberrechten verdient werden und schon Wochen vor dem ersten Spiel riskante Entscheidungen getroffen werden? Vielleicht weiß ich die Antwort: Weil wir in einem Deutschland leben, in dem der Euro regiert ...

## Sportkolumne

# Die großen Entscheidungen

vergessen, dass das alles nicht stattfinden würde, wenn nicht der entsprechende Profit garantiert wäre. Apropos Torwartparade. Sie haben natürlich alle längst die endlosen Kommentare zu der Entscheidung des Herrn Klinsmann gelesen, Jens Lehmann zum Torwart Nr. 1 zu ernennen und Oliver Kahn in die „Ecke“ zu stellen.

In ersten Meldungen hieß es, Kahn werde sich mit „seinem“ FC Bayern beraten, und es ist gut möglich, dass die Entscheidung in München schon gefallen ist, wenn diese Zeilen gedruckt werden. Ich verzichte auch darauf, mich an diesem unsäglichen Streit zu beteiligen, denn: Nehmen wir an, Oliver Kahn stünde im Tor und erwischte einen rabenschwarzen Tag, könnte er sicher sein, dass die vielen gutbezahlten



Zur Unterstützung Kubas geben wir gebrauchte Fahrräder preisgünstig ab. (für Kinder und Erwachsene)

Der Erlös wird dem **Solidaritäts-Konto** zugeführt.

Interessenten melden sich über Telefon: 034298/35383

Cuba si

Impressionen vom 75. Geburtstag der Radsportlegende Gustav-Adolf Schur



Diese CD enthält 300 Fotos von der Geburtstagsfeier zum 75. von Gustav-Adolf Schur in der Leipziger Ernst-Grube-Halle. Interessenten können diese CD gegen eine Spende zum Aufbau des Friedensfahrtmuseums in Kleinmühlingen bei unserem Vertrieb oder in der Redaktion bestellen – Anschriften siehe Impressum Seite 16

## Schon wieder Fußball, diesmal eine Biografie ...



... diesmal von einem ehemaligen DDR-Nationalspieler, Peter Dücke.

Er gehört zu den wenigen Weltklassefußballern der DDR, die schon in den sechziger und siebziger Jahren heiß von westeuropäischen Spitzen-Fußballklubs begehrt waren.

Thomas Stridde beschreibt den sportlichen Werdegang Dückes vom Straßenfußballer in der frühen Kindheit bis zum Oberliga- und Nationalspieler in der DDR. Ein Werdegang, der den Bürgern im westlichen Teil Deutschlands teilweise unbekannt geblieben ist, obwohl Peter Dücke in einer gesamtdeutschen Fußball-Rangliste des 20. Jahr-

hunderts unter die Top-Ten kam.

Eine Episode, die Hans Meyer als Trainer von Borussia Mönchengladbach passierte, als er in einem Interview von einem westdeutschen Journalisten gefragt wurde: „Möchten Sie nicht auch mal Weltstars trainieren? Figo, Beckham, Zidane?“ Worauf er antwortete: „Junger Mensch, ich hab's in Jena doch gehabt. Peter Dücke!“

• R. FIEBELKORN

Thomas Stridde: Die Peter-Dücke-Story. GlauX Verlag Christine Jäger KG Jena 2006. 152 S., 19,00 Euro

## BEI ANDEREN GELESEN

**München** – Während andere Städte ihre Wohnungen zu Zehntausenden an ausländische Unternehmen verschern, geht die Stadt München genau den umgekehrten Weg. Sie kaufte jetzt dem Investor Fortress Wohnungen ab. Bei dem Deal ging es um insgesamt 6450 Wohneinheiten. Die Stadt besaß schon immer 50 Prozent der Wohnungsgesellschaft Heimag.

... Münchens Oberbürgermeister Christian Ude warnte andere Kommunen vor dem „strategischen Fehler“, ihren Wohnungsbesitz zu verramschen. Sie beraubten sich ihrer Handlungsmöglichkeiten bei der Versorgung mit sozialem Wohnraum, was sie in ein paar Jahren unter Umständen teuer bezahlen müssten.

AUS: MIETERZEITUNG 2/2006

>

Die auf der POST-Seite von LEIPZIGS NEUE veröffentlichten Zuschriften sind Lesermeinungen, sie können bei Wahrung ihres Sinnes gekürzt sein.

Die Redaktion

Warum die Linkspartei?“ – Das fragte ein gewisser Nikolaus Blome im Kommentar der Welt vom 7. April. Er mokierte sich, die Grünen hätten „demutsvoll die Fahne eingekrollt“, damit Petra Pau zur Bundesvizepräsidentin gewählt werden konnte. Der Proporz, auch der Linkspartei einen Sitz im Präsidium zu gewähren, nur weil es die Geschäftsordnung so wolle, sei „blind und apolitisch“. Und es mache auch „keinen Unterschied, ob Lothar Bisky oder Petra Pau den Präsidiumsstuhl einnimmt“. Trotz „ein bisschen Oskar-Firniss und Gysi-Lack“, bilde die Linkspartei „einen sehr lebendigen Kern ... der SED“, der „Staatspartei eines diktatorischen Regimes“. Herr Blome kann nicht verstehen, dass „ihr das deutsche Parlament wirklich einen Ehrener-

Übrigens, dass sich Mitarbeiter des MfS zunehmend gegen die Angriffe auf ihre Person und ihre Behörde zur Wehr setzen, ist ihr gutes Recht. Auch diese Menschen haben eine Würde, die sie verteidigen dürfen. Warum sollten sie vor den heute Herrschenden zu Kreuze kriechen?

Und das betrifft nicht nur die Mitarbeiter des MfS, sondern viele andere DDR-Bürger die ihren Staat persönlich und politisch als ihre Heimat verinnerlicht hatten und noch haben. Eine solche Haltung ist nun ein-

## Petra Paus Wahl „blind und apolitisch“?

So glaubt jedenfalls der Welt-Kommentator

weis“ schulde. Der Kommentator bestätigt nur Friedrich Wolfs Bemerkungen am Schluss seiner Schrift „Einigkeit und Recht“: „Die ‚Überwindung‘ der DDR, der Untergang des europäischen sozialistischen Lagers, bewirkte, daß wir in vieler Beziehung wieder da stehen, wo wir 1932 gestanden haben, nur richtungs- und wehrloser. Was heute modern ist, wird bald unmodern sein. Alles wird noch einmal von vorn anfangen: die Katastrophen, die Kämpfe, die Niederlagen und vielleicht auch die Siege. Es wird auf jeden Fall schwer. Die Erinnerung an die DDR wird dann einen neuen Stellenwert erhalten.“

Wenn ich damals als Schüler auch nicht das ganze gesellschaftliche und politische Prozedere verstanden habe, aber dass die Linken keineswegs so gehasst wurden, wie es heute in diesem stramm deutschen Lande, in das wir hineingestoßen wurden, zunehmend zum guten Ton und vorausseilenden Gehorsam zu gehören scheint, ist mir noch in guter Erinnerung. Warum im „deutschen Stamm-land“ bis heute dieses Hassverhalten – Blome lieferte eines der unzähligen Beispiele – noch nicht überwunden werden konnte, dürfte hinlänglich bekannt geworden sein

SIEGFRIED MÜLLER, LEIPZIG

## Warum zu Kreuze kriechen?

mal strafrechtlich nicht relevant, obwohl man es gern hätte. Sie ist einfach zu respektieren. Noch einige Bemerkungen zur strafrechtlichen Verantwortung von Angehörigen des MfS oder anderer Funktionsträger der DDR.

Es ist doch interessant, dass von 85 000 eingeleiteten Ermittlungsverfahren mit ca. 100 000 Beschuldigten nur bei 650 überhaupt eine Verurteilung erfolgte. Die anderen wurden gar nicht

erst angeklagt oder endeten mit Freispruch. Ganz einfach deshalb, weil diese Leute weder nach BRD- noch nach DDR-Recht eine Straftat begangen hatten.

In den Fällen einer Verurteilung waren diese vorrangig politisch motiviert. Man brauchte, um seine Politik der „Delegitimierung der DDR“ zu untermauern, Sündenböcke.

G. FLEISCHHAMMER,  
LEIPZIG

## Aus einem (redaktionell gekürzten) offenen Brief an die Mitglieder und Sympathisanten des Stadtverbandes der Linkspartei.PDS-Leipzigs:

Es ist uns ein Bedürfnis, dem Aufruf „Für eine antikapitalistische Linke“ unsere uneingeschränkte Unterstützung zu erteilen. Besonders erfreut uns, dass zu den Erstunterzeichnern auch Volker Külow und Dietmar Pellmann gehören. Damit haben sich zwei wichtige Politiker der Leipziger Linkspartei.PDS zur Notwendigkeit zweier zentraler Aufgaben – mobilisierungsfähig werden und eine gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus in die öffentliche Debatte bringen – bekannt.

Dieses Bekenntnis bezieht auch die formulierten absoluten Minimalbedingungen einer Regierungsbeteiligung auf Landesebene ein, einschließlich von Umständen, diese zu beenden. Dem können wir ebenfalls nur zustimmen. ...

Im Aufruf wird klar bestimmt, dass es für eine Partei mit „regierungsorientiertem Pragmatismus“ und „unverbindli-

## Unser JA für eine antikapitalistische Linke

chen antineoliberalen Floskeln ... keinen gesellschaftlichen Bedarf“ gibt. Damit eng verbunden ist die Frage nach Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit parlamentarischen Wirkens – und dies bereits auf kommunaler Ebene.

Aus aktuell gegebenem Anlass verweisen wir jedoch auf eine Problematik und dazu gehörende Widersprüche:

Zum Beispiel: Statt sich zu einem „eigenständigen Akteur“ sozialer Protestbewegungen mit der Option noch größerer Durchsetzungsfähigkeit linker Politik im Stadtrat zu entwickeln, tagt z. B. unsere Fraktion hinter „verschlossenen Türen“ und verbleibt so in einer Rolle eines „Wir wissen, was gut und möglich für euch ist“ verfangen. ... Statt im Vorfeld auf breite Unterstützung zu setzen, wird erwartet,

dass im Nachhinein etwas Unterstützung oder Verständnis findet, an dessen Zustandekommen man vorher nicht beteiligt war!

Wie heißt es doch im Aufruf: „Nicht nur abwartender Unterstützer sozialer Protestbewegungen zu sein“, sondern „eigenständiger Akteur zu werden“! In dieser Hinsicht hat sich die Leipziger Linkspartei.PDS in den vergangenen Monaten durchaus spürbar bewegt. Aber es gibt auch Rückschläge. ... Unverständlich ist, dass ein Bürgerforum zum brandaktuellen Thema „Erzwungener Umzug – wo bleiben die Interessen der Mieter?“ am Montag (10.April), 18Uhr (zur Zeit der Montagsdemos – LN) angesetzt wird! Damit bleiben zwangsläufig die Aktivisten des Protestes von der Teilnahme ausgeschlossen. Wieder ist ein möglicher erster Schritt hin zur Mobilisierungsfähigkeit vertan.

PETRA WEIßFUß, PIA WITTE  
Sprecherinnen der AG „Soziale Politik“  
in und bei der Linkspartei.PDS-Leipzig

## ES GIBT EIN URALTES DEUTSCHES

SPRICHWORT, dem ich vorausschicke, dass es gar nicht zum Bericht des Wanderers passt. Dennoch hier der Wortlaut: „Wer viel tafelt, macht ein kurzes Testament“, was auf „Hochdeutsch“ heißen soll: Der Betreffende ist ein schlechter Sparer. Dieses Zitat passt wirklich vorne und hinten nicht in meinen Wanderbericht und das ist leicht erklärt: Der Begriff „Tafel“ hat im Deutschen gründlich seinen Sinn verändert. Früher bogen sich die Tafeln unter den Gastmahlen und allein das Wort vermittelte die Vorstellung einer reich gedeckten Tafel. In den letzten einhalb Jahrzehnten ist jemand auf die Idee gekommen, den Begriff für die Speisung der Arbeits- und Obdachlosen zu nutzen und allerorten „Tafeln“ einzurichten, wo Marktketten, Bäcker und Händler abliefern, was sie früher in den Müll kippten. In Ribnitz-Damgarten zum Beispiel wurde dieser Tage in der Rostocker Straße die „Tafel“ offiziell eröffnet und

wir wurden Tatzeugen, weil wir die Schlange entdeckten, die sich da aufgereiht hatte, lange bevor die Tür geöffnet wurde.

Günter Hoffmann vom „Tafel-Bundesvorstand“ – ich kann nicht beschwören,

## Wanderungen durch Neufünfland

ob dies die richtige Bezeichnung ist, aber passend erschien sie mir schon –, hielt eine kleine Eröffnungsrede und prägte ein treffendes Wort: „Die Tafeln übernehmen einen Teil des sozialen Friedens.“ Merkt Euch das, Leute, denn: 586 „Tafeln“ gibt es inzwischen schon in Deutschland. In Ribnitz-Damgarten sahen wir sogar einen Offizier der Bundeswehr, der sich natürlich nicht mit anstellte, sondern zu den „Ehregästen“

der Eröffnungsfeier gehörte.

TAGE VORHER waren wir durch Luckenwalde gekommen und dort erzählte man uns, dass just ein Streit geschlichtet werden konnte, wo die „Tafel“ künftig unterkommt: In der alten Gaswerkvilla.

Die Stadt will sich 100 000 Euro aus den Rippen schneiden, um das Haus wieder herzu-

richten. Das Argument fand ich gut: „Wir brauchen ein abgeschlossenes Terrain, bei dem die Betroffenen nicht auf dem Präsentierteller stehen.“ Sogar ein Lastenaufzug soll eingebaut werden, was mich schließen ließ, dass die Stadt mit einer Zunahme der Tafelbesucher rechnet. Und die Arbeitslosenverbände sollen unter dem Villendach auch ein Domizil finden – auch das ist zu begrüßen, denn deren Zahl wird nach den bisherigen

Erfahrungen kaum sinken.

UND DAMIT NIEMAND MECKERN KANN, dass der Wanderer zu oft und zu emsig nur „Negatives“ aus diesem schönen Land erzählt, erwähne ich auch, dass ich am Fürstenberger Röblinsee vorüberkam und nicht verschweigen will, dass die britische Firma Cardinal Boating Holidays dort ein neues Segelparadies eröffnet hat. Sechs Boote der Europa-Serie mit Fünf-Sterne-Ausstattung wurden in Betrieb genommen. Und im Sommer kommt jede Woche ein neues Boot hinzu, im Herbst sollen es 14 sein. Also: Wer die nötige Kohle hat, um unter fünf Sternen zu segeln, sollte in Richtung Fürstenberg aufbrechen!

Um das klarzustellen: Mich treffen sie dort allerdings nicht.

• KLAUS HUHN

*Rosa Luxemburg*

fl : 0341-9608531 Fax: 0341-2125877

**VERANSTALTUNGEN**

**Montag, 24. April, 18 Uhr, Dresden**  
Buchvorstellung und Diskussion: *Die Vereinigung von KPD und SPD zur SED. Ein Zeitzeuge berichtet – ein Historiker bewertet.* Mit dem Autor Prof. Dr. Wolfgang Leonhard und Katja Kipping, MdB, Die Linke.PDS. In Zusammenarbeit mit dem Stadtverband Linkspartei.PDS Dresden Rathaus Dresden, Plenarsaal, Dr.-Külz-Ring

**Dienstag, 25. April, 18 Uhr, Leipzig**  
*Von der Religionskritik zur Ideologiekritik. Das Beispiel J. G. Fichte (Teil 2).* Mit Dr. Werner Wittenberger und Dr. Jürgen Stahl, Leipzig Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

**Mittwoch, 26. April, 18 Uhr, Chemnitz**  
Vortrag und Diskussion: *Der Zusammenschluss von KPD und SPD – Historisches und Aktuelles.* Mit Prof. Dr. Günter Benser, Berlin Rothaus e. V., Lohstr. 2

**Mittwoch, 26. April, 18.30 Uhr, Leipzig**  
*Zwangsvereinigung oder freiwilliger Zusammenschluss? (Zum 60. Jahrestag der Gründung der SED).* Mit Dr. Dietmar Pellmann, MdL Freizeittreff Völkerfreundschaft, Stuttgarter Allee 9

**Mittwoch, 26. April, 19 Uhr, Dresden**  
*Im Dschungel ökonomischer Theorien: Neoliberalismus.* Mit Dr. Jürgen Leibiger, Dozent für Volkswirtschaftslehre „WIR AG“, Martin-Luther-Str. 21

**Donnerstag, 27. April, 18 Uhr, Leipzig**  
Vortrag und Diskussion: *Der Zusammenschluss von KPD und SPD – Ein Fazit mit dem Abstand von Jahrzehnten.* Mit Prof. Dr. Günter Benser, Berlin Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

**Mittwoch, 3. Mai, 18 Uhr, Leipzig**  
*Anmerkungen zu Heinrich Heine: Publizist und Historiograf.* Mit Dr. Prof. Dr. Wolfgang

Geier, Leipzig / Klagenfurt Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

**Mittwoch, 3. Mai, 18 Uhr, Chemnitz**  
*George W. Bush: Vom Irak- zum Irankrieg?* Mit Phil Botland, WASG, Linksruck, Hubert Gintschel, Linkspartei.PDS und Ibrahim Manaa, Freunde Palästinas e. V. In Zusammenarbeit mit WASG, Linkspartei.PDS, Linksruck Rothaus e. V., Lohstr. 2

**Mittwoch, 3. Mai, 19 Uhr, Leipzig**  
Podiumsdiskussion *Berufseinstieg in der Endlosschleife. Wie geht es weiter mit der Generation Praktikum?* Mit Andreas Schackert, students at work, Florian Lamp, fairwork e. V., Lukasz Gadowski, BJU, Spreadshirt (angefragt), Dr. Hans-Peter Schmidt, IHK Leipzig, Kai Gehring, MdB, Bündnis 90/Die Grünen. Moderation: Carsten Heckmann. Veranstalter: Kulturpolitische Gesellschaft e. V., Regionalgruppe Sachsen/Leipzig u. a. mit Unterstützung von Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e. V. Aula der „Alten Nikolaischule“, Nikolaikirchhof

**Donnerstag, 4. Mai, 17.30 Uhr, Leipzig**  
*Südosteuropäische Kulturgeschichte in Reiseberichten – Studien und biografische Skizzen zwischen dem 16. und 20. Jahrhundert.* Mit Prof. Dr. Wolfgang Geier, Leipzig / Klagenfurt. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Harkortstr. 10

**Freitag, 5. Mai, 16 Uhr, bis Sonntag, 7. Mai, 12.30 Uhr, Dahlen**

*Werte als Grundlage von Entscheidungen.* 13. Kolloquium des Rohrbacher Kreises. Mit Prof. Dr. Wolfgang Methling, Prof. Dr. Rudolf Rochhausen, Prof. Dr. Werner Deich, Prof. Dr. Kurt Reiprich, Luise Neuhaus, Dr. med. Anneliese Wirsing, Werner Wolf, Prof. Dr. Roland Opitz, Heinz Vietze und Prof. Dr. Volker Caysa. Anmeldung erforderlich \*\*\*

**Sonntag, 6. Mai, 17.30 Uhr, Chemnitz**  
Filmvorführung: *Die Befreiung.* Veranstaltungsprogramm: Detlef K., Liedermacher – Musik Rothaus e. V., Lohstr. 2

Hotel Käthe-Kollwitz-Hütte, Dahlen, Holzstraße \*\*\* Die Veranstaltung wird gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und politische Bildung e. V. durchgeführt. Die Veranstaltungen sind für jedermann offen.



Unseren Gästen, Mitgliedern und Mitarbeitern nachträglich ein frohes Osterfest und ein Wiedersehen in „Heideruh“

Euer Heideruh-Team

Im Mai sind noch Zimmer frei!

Anmeldungen nimmt entgegen das Wohn- und Ferienheim Heideruh e. V., Ahornweg 45, 21244 Buchholz i. d. N. Tel.: 04181/8726, Fax: 04181/28114, e-Mail: <http://heideruh.de>

**ISOR e. V.**

Isor e. V. führt Beratungen für Rentner und angehende Rentner durch, die Mitarbeiter der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR waren, sowie für diejenigen, die nach der Neufassung des § 6, Abs. 2 und 3 AAÜG neu vom Rentenstraftrecht bedroht sind. Die Sprechstunden finden an jedem vierten Mittwoch des Monats von 16 bis 17 Uhr im Stadtteilzentrum Messemagistrade, Straße des 18. Oktober 10 a, 04103 Leipzig, statt.

**Naturkundemuseum**

Leipzig, Lortzingstr. 3

Sonderausstellungen:

**Bis 28. 5.:** *Emil Adolf Roßmäßler – Wegbereiter des Naturkundemuseums*

**Bis 18. 6.:** *Wolpertinger, Elwedritsch und Rasselbock*

Veranstaltungen:

**4. 5., 14 Uhr:** *Führung in der Sonderausstellung Emil Adolf Roßmäßler – Wegbereiter des Naturkundemuseums Leipzig*

**7. 5., 10.30 Uhr:** *Führung durch die archäologische Ausstellung*

**Carl-Schorlemmer-Apotheke**



Inhaber:  
FSD PhR Friedrich Roßner  
Fachapotheker für  
Allgemeinpharmazie  
Karlsruher Straße 54  
04209 Leipzig

Telefon (03 41) 4 22 45 58  
Arzneimittel-Information  
Arzneimittel-Abgabe

Telefon/Fax (03 41) 4 12 71 91  
Büro / Apothekenleiter

**SZM**

Stadtteilzentrum Messemagistrade  
Leipzig, Straße des 18. Oktober 10a

**27. 4., 15 Uhr:** Offenes Café, Film-nachmittag *Rund um den Bodensee.* Eintritt: 2 Euro

**4. 5., 19 Uhr:** *Kennt du das Land, wo die Zitronen blühen?* Musik von Scarlatti bis Verdi mit Roland Fuhrmann (Klavier) und Ming Yu (Mezzosopran). Eintritt: 5 Euro, mit Leipzig-Pass 2,50 Euro

**Perspektiven des Sozialismus am Beispiel sozialer Bewegungen Lateinamerikas**

Vortrag und Diskussion von und mit Bernd Löffler (arranca Erfurt) am **9. 5., 19 Uhr,**

in den Räumen der Gesellschaft für Frieden und Völkerverständigung, Kochstr. 132

mit Mixgetränken, Musik und Speisen der Region.

Die Veranstaltung wird von cuba si und der KPF durchgeführt.



Die Krötenwanderung hat begonnen.  
Auf dem LN-Konto ist noch viel Platz.

**SPENDEN an:**

Projekt Linke Zeitung e. V.,  
Sparkasse Leipzig, Konto: 11 50 11 48 40 – BLZ 860  
555 92, Kennwort: Spende für LN

**Übrigens:** LN ist auch ein prima  
Geschenk für Freunde, Bekannte, Nachbarn ...

**Bestellschein**

bitte ausgefüllt schicken an:

LEIPZIGS NEUE, Braustraße 15, 04107 Leipzig

**LIEFERANSCHRIFT:**

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

evtl. Telefon

**RECHNUNGSANSCHRIFT**

(nur extra auszufüllen, wenn dies ein

**Geschenkabonnement** ist

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Das Halbjahresabonnement kostet 13 Euro.

**Studierendenabo** (13 Euro im Jahr) bei Kopie des Studentenausweises

**Probeabo** (3,50 Euro für ein Vierteljahr)

**Solidaritätspreis:**  Ich möchte LEIPZIGS NEUE unterstützen und zahle zum Halbjahrespreis von 13 Euro zusätzlich 5 Euro.

Die Zeitung erscheint vierzehntäglich und wird über die Post zugestellt. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein halbes Jahr, wenn ich es nicht bis **einen Monat vor** Bezugsende in der Redaktion kündige.

- Ich bitte um Rechnung
- Ich bezahle durch Bankeinzug

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Kontoinhaber

Datum, 1. Unterschrift des Auftraggebers

Ich kann diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) widerrufen.

2. Unterschrift des Auftraggebers

## U.S. Levin Mann im Rücken

Ich saß gemütlich in meinem Stamm-Café. Plötzlich tauchte Richard Querstrich auf – ein durchschnittlicher Kunstmaler. Als er mich sah, stürzte er sich hastig auf den freien Stuhl neben mir.

„Ich werde verfolgt“, zitterte seine Stimme. „Richard“ sagte ich kopfschüttelnd, „ich habe dich immer vor deinen illegalen Geschäften gewarnt.“

„Nein, nein – nicht die Steuerfahndung ist hinter mir her.“

„Nicht?“

„Ich habe einen Stalker.“

„Einen was?“

„Stalker... Der junge Kerl da hinten.“

„Der in der dunkelbraunen Wildlederjacke?“

„Seit Tagen, ach was sage ich, seit Wochen verfolgt er mich.“

„Und was will er von Dir?“

„Woher soll ich das wissen. Sag bloß, du hast noch nichts vom Stalking gehört?“

„Um ehrlich zu sein, nein.“

„Viele berühmte Leute haben Stalker.“

„Ich nicht.“

Mit einer Geste äußerster Geringschätzung sprang Richard auf und verschwand, samt seinem Schatten. Tagelang zermarterte ich mir über seinen letzten Satz den Kopf. Betrübte musste ich feststellen, da mich offensichtlich niemand verfolgte, war ich einfach nicht berühmt genug.

Ein paar Tage später lief mir Christine Schreier, die erfolgreiche Komponistin, über den Weg. Sofort zog sie mich in einen dunklen Hauseingang und drückte mich an ihren bebenden Busen.

„Herr Levin, Sie ahnen gar nicht, wie man mir zusetzt.“

„Frau Schreier, Sie sind ja völlig außer sich.“

„Und das nicht vor Freude...Ich werde verfolgt“, keuchte sie.

„Von einem Stalker?“

„Schrecklich, nicht war. Seit Wochen rennt mir dieser Verbrecher hinterher.“

„Sie müssen zur Polizei gehen!“ riet ich meiner Künstlerfreundin.

„Pah! Damit sie ihn verhaften.“

„Aber ich dachte...“

„Sagen Sie bloß, Sie haben keinen Stalker?“

„Nein.“

„Sie sollten sich schämen!“ stieß sie mich angewidert fort.

Mit der Zeit verlor ich sämtliche Freunde aus der Kunstszene. Selbst nach zwei, drei Interviews, in denen ich freimütig erklärt hatte, dass mich mein Fan bisher in Ruhe gelassen hat, ließen mich die Journalisten fallen wie eine heiße Ulknudel.

Unverhoffte Rettung fand ich in einem Anzeigenblatt. „Wir lösen ihr Stalkingsproblem“, las ich und suchte umgehend die Agentur auf. Mit Tränen in den Augen berichtete ich dem graumelierten Agenturchef mein Problem.

Bereits am nächsten Tag stellte ich fest, dass mir jemand folgte. Ich spürte bohrende Blicke im Rücken, wechselte die Straßenseite und schaute zurück. Ein junger drahtiger Bursche duckte sich hinter einem parkenden Auto. Unverhofft kreuzten sich unsere Blicke, und von diesem Augenblick an wusste ich, auch ich habe einen Stalker. Mit dieser Neuigkeit eilte ich in mein Café und traf wie erwartet Richard.

„Unfassbar“, rief ich. „Richard, auch ich werde verfolgt.“

„Von wem?“ fragte er.

„Der Typ da hinten.“

Richard blinzelte mit gebührendem Respekt und drehte sich um. Plötzlich wurde er kreidebleich, „Das ist“, schrie er wie ein Besessener auf, „das ist ja meiner.“

Stimmt. Ich erkannte ihn an der dunkelbraunen Wildlederjacke.

64001 DP AG Postvertriebsstück Gebühr bezahlt  
Projekt Linke Zeitung e. V., Braustraße 15, 04107 Leipzig

## FUNDSACHEN

Wie soll man Schülern beibringen aufzustehen, wenn sie die Einzigen in der Familie sind, die morgens noch zeitig aufstehen müssen.

Margitta Grittens (CDU)  
im Bundestag zur Gewalt  
an Schulen  
Phoenix-LIVE 5. 4. 2006

Aus den Fehlern anderer zu lernen ist der Schlüssel für Zivilisation und Kultur.

Hörer in „Lebenszeit“  
DLF 7. 4. 2006

Globalisierte ökonomische Macht fragt nie nach Arbeitsplätzen, wenn es um Aktienkurse geht. Die Politik kann nicht mehr viel gestalten in einer Welt, die globalisiert nach dem Gewinnmaximierungsprinzip funktioniert, was diese Welt auf Dauer sozial und ökologisch ruinieren dürfte.

Friedrich Schorlemmer  
im FREITAG 7. 4. 2006

Wir sind von Kopf bis Fuß auf Fußball eingestellt. Denn der rollt nur für Geld und sonst gar nicht.

Die Drei von der Zankstelle  
MDR-Fernsehkabarett 7. 4. 2006

Wenn in unsere Sozialsysteme nur eingewandert wird, dann wer-

den logischerweise auch die Vitalkräfte dieser Gesellschaft geschwächt.

Rüdiger Safranski  
Philosophisches Quartett  
ZDF 9.4. 2006

**Zum Rücktritt Platzecks:**

Auf dem Weg in die erste Reihe der Politik ist ihm offenbar sein Körper nicht gefolgt.

ARD-Brennpunkt 10. 4. 2006

Ich habe übrigens das Wort Nervenzusammenbruch von einem Politiker noch nie gehört. Und das will was heißen, denn ich beobachte diese Spezies schon seit 18 Jahren.

Heribert Prantl  
Müncher Runde  
BR 11. 4. 2006

Ich habe das Glück, in einem Beruf tätig zu sein, wo man auch in meinem Alter nicht so schnell rausgeschmissen werden kann...

(...es sei denn, durch den Wähler!)

Renate Schmidt  
bis 2005 SPD-Familienministerin  
Hart aber fair  
WDR 12. 4. 2006

GEFUNDEN VON  
JOACHIM MICHAEL

Zwei bekannte weibliche Augenpaare... Wem gehören sie?



Lösungsspiegel

Klössner (Zinnl)  
B.) Renate  
Domrose (Paula)  
A.) Anja



## Der besondere Klick ...



... ein Blick durch den Bauzaun am Bayrischen Bahnhof.

Foto: Gerhard Märker

Leipzigs  
NEUE

Herausgeber: Projekt Linke Zeitung e.V.,  
V.i.S.P.: Rahel Springer

Redaktion: Braustraße 15, 04107 Leipzig,  
Tel./Fax: 0341 / 21 32 345  
E-Mail: leipzigs\_neue@t-online.de  
Internet: www.leipzigs-neue.de  
Einzelpreis: 1 Euro, im Abonnement halbjährlich (für 13 Ausgaben): 13 Euro

Vertrieb, Abonnement, Abrechnung,  
Anzeigen, Werbung:  
Ralf Fiebelkorn, Büro- und Verlagsservice,  
Gärtnerstraße 113, 04209 Leipzig.  
Tel./Fax Redaktion: 0341/21 32 345

Druck: Rollenoffset-Kiel GmbH  
Einzelne Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird nicht gehaftet.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:  
18. April 2006  
Die nächste Ausgabe erscheint am  
5. Mai 2006

Spendenkonto  
für Projekt linke Zeitung e. V. bei der Sparkasse Leipzig,  
BLZ: 860 555 92,  
Konto: 11 50 11 48 40